

das licht der rotenflora

März/April 2012 | Nummer 167

zeck

War einmal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit



Ole v. B. (56), Lampenverkäufer

Und er schrie: "Ich revolüzze!"
und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr
kam sich höchst gefährlich vor

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten
wo er sonsten unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt

Sie vom Boden zu entfernen
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster raus
zwecks des Barrikadenbaus

Aber unser Revoluzzer
schrie: Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtelichts
bitte, bitte, tut ihm nichts

Wenn wir ihn das Licht ausdrehen
kann kein Bürger nichts mehr sehen
Laßt die Lampen stehn, ich bitt!
denn sonst spiel ich nicht mehr mit.

Doch die Revoluzzer lachten
und die Gaslaternen krachten
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich

Hi werte Genoss_innen,

wir haben uns natürlich sehr über eure Geldspenden und Zusendungen gefreut und brauchen mehr von beiden.
Großartig finden wir, dass die Zeck ab dieser Ausgabe eine neue Rubrik zum Thema Antimilitarismus hat. Super Leute, wir hoffen, ihr bleibt dran!

In dieser Ausgabe haben unter anderem zwei Texte abgedruckt, die wir kurz kommentieren wollen. Der Text zu den Übergriffen der RSH haben wir zugesendet bekommen und nehmen ihn so ins Heft. Wir denken allerdings, dass diese Diskussion vielschichtiger ist, als sie hier aufgemacht wird. Wie wir mitbekommen haben, werden noch weitere Texte zum Thema erscheinen. Wir wollen an dieser Stelle erst mal nur Folgendes feststellen: Kökperliche Übergriffe im Rahmen politischer Konflikte innerhalb der Linken gehen schon mal gar nicht und können und dürfen nicht toleriert werden. Gleichzeitig halten wir es für falsch, wenn im Rahmen solcher Konflikte mit Anzeigen reagiert wird. Dies jedoch als Rechtfertigung für vorherige Angriffe zu nehmen, sehen wir lediglich als billigen Versuch das eigene Gewaltverhalten zu legitimieren. Schön fänden wir, wenn der zugrunde liegende Konflikt den Rahmen einer Identitätspolitik verlässt und stattdessen politisch geführt wird.

Den Versuch einer solchen Auseinandersetzung wagt der Text „Zur Diskussion mit antideutschen Texten". Leider auf eine Art und Weise, die bei uns vor allem Kopfschütteln hervorruft. Wir halten es nicht für sinnvoll, sich einen Begriff „Antideutsche" zu basteln und dieses Milieu erst als homogene Figur zu konstruieren, um sie dann als Pappkamerad wirkungsvoll umzuschießen. Wir glauben, dass die Auseinandersetzung um Themen wie Antisemitismus alle angeht und nicht nur als Abgrenzung gegenüber echten oder vermeintlichen Antideutschen geführt werden sollte.

Die Schuhe ausgezogen hat es uns bei der Formulierung „Eine Kritik am Staat Israel kann nicht antisemitisch sein, wenn das Gebiet nicht als religiös-ethnische Figur gedacht wird." Ersetze religiös-ethnisch durch jüdisch und denke besser noch mal drüber nach. Hier wird der Ausgangspunkt von vielen betroffenen Menschen zugunsten einer theoretischen Projektion ausgeblendet. Das halten wir ebenso für falsch wie ein Ausblenden palästinensischer Realitäten im Rahmen der Besatzungspolitik. Wirklich problematisch finden wir darüber hinaus, dass die Existenz Israels als jüdischer Staat (historisch in Folge und Konsequenz der Shoa) hier auf begrifflicher Ebene in Frage gestellt wird. Für uns ist das kein akzeptabler Diskussionspunkt. Richtig dramatisch wird es dann, wenn in Bezug auf das nationalsozialistische Projekt der Vernichtung des „Weltjudentums" mit dem Satz reagiert wird: „Die Tötungen aber auf deutsche zu reduzieren, biologisiert die Täter, dämonisiert Deutsche und verharmlost Faschisten und Kollaborateure in Resteuropa und der Welt." Arme Deutsche, böse Welt also?
Soetwas würde in dieser Form wohl auch beim NPD Aufmarsch in Dresden gut ankommen. Das Motto der Gegenproteste deutsche Opfermythen anzugreifen sollte auch und insbesondere in linken und anarchistischen Zusammenhängen gelten.

Den Schwarzen Block, eine rebellische Haltung und stumpfe Ablehnung („Deutsche Kontiunitäten angreifen"), finden wir übrigens voll gut.

Wir rechnen mal mit vielen Zuschriften zum nächsten Heft und verbleiben eure antiquierten Hasskappen der

Z.

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Autonome VV am 15.3. 20 Uhr Rote Flora Thema: Griechenland

Einladung zur Vorbereitung eines Kongresses gegen den antimuslimischen Rassismus

Aller Orten Islam – überall Muslime!

… so titelte die antirassistische Zeitschrift ZAG im Juli 2010 in ihrem Schwerpunkt zum Antimuslismischen Rassismus und griff damit ein Thema auf, über das in der bürgerlichen Mitte viel diskutiert wird und zu dem es auch in der extremen Rechten klare Positionen gibt. Menschen die aufgrund äußerlicher Merkmale als Muslim_innen definiert werden, werden gleichgesetzt mit religiösen Fundamentalist_innen und Terrorist_innen. Sie werden assoziiert mit allem, wofür die scheinbar emanzipierte „westliche Welt“ nicht stehen will. Dahinter steht aber keine Religionskritik, sondern ganz simpler Rassismus.

Und die Linke?
… hält sich raus oder, noch schlimmer: Sie beteiligt sich an rassistischen Diskursen. Ob bewusst oder unbewusst, auch von vielen Linken werden Menschen, die für Muslim_innen gehalten werden, kollektive antiemanzipatorische Wertvorstellungen unterstellt. Auch hier geht es nicht um Kritik an Religion, sondern viel mehr um Gruppenkonstruktionen, die beängstigende Ähnlichkeit mit denen der rassistischen Mehrheitsgesellschaft haben. Ihren Höhepunkt findet diese Entwicklung, wenn politische Argumente mit flachesten „Gut-Böse-Konstruktionen“ vermischt, und alle scheinbaren Muslime zu Antisemit_innen definiert werden.

Kein Kommentar...
Seit Aufkommen des Themas lässt sich in der Linken aber auch eine relative Sprachlosigkeit feststellen. Zu Themen wie dem Verbot des Baus von Moscheen oder der Diskussion um das Tragen von Kopftüchern positionieren sich Linke Gruppen allenfalls anlassbezogen. Auch beteiligten sie sich kaum am Widerstand gegen öffentliche Auftritte von tatsächlich antifeministischen, homophoben und antisemitischen Predigern.
Ready for action!
Dass es an der Zeit ist, sich innerhalb der Linken mit dem Thema „Antimuslimischer Rassismus“ auseinander zu setzen, zeigen alle angesprochenen Punkte: Das Anwachsen des Rassismus' der Mehrheitsgesellschaft gegen Menschen, die als muslimisch definiert werden, die unreflektierte Reproduktion entsprechender Diskurse in der Linken und am meisten die fehlende Positionierung und der fehlende Aktivismus.

Wir, Einzelpersonen aus Hamburger antirassistischen und autonomen Zusammenhängen, sehen die Linke bezogen auf das Thema derzeit gefangen in dem Dilemma, einerseits gegen Rassismus aktiv sein zu wollen, sich andererseits aber nicht mit Menschen solidarisieren zu können, denen antiemanzipatorische Einstellungen unterstellt werden. Das Resultat ist die festgestellte Handlungsunfähigkeit im Zusammenhang mit dieser derzeit extrem verbreiteten Form des Rassismus.

Kongress!
Um dieses Dilemma aufzulösen und gleichzeitig antimuslimischen Ressentiments und damit verbundenen Spaltungserscheinungen in der Szene entgegen zu wirken, wollen wir mit einem „Kongress gegen den antimuslimischen Rassismus“ eine Gelegenheit zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit allen Aspekten des Themas schaffen. Das zentrale Ziel hierbei soll es sein, linke Positionen zu dem Themenkomplex zu erarbeiten, um ein zentrales Element widerständiger Politik zurück zu erlangen: Handlungsfähigkeit!

Alle, die Lust haben sich inhaltlich und organisatorisch zu beteiligen, wollen wir einladen zu einem ersten Vorbereitungstreffen: 24.03.2012 um 16 Uhr Hafenvokü (Hafenstr.116)

Mehr Infos: http://amrhh.blogsport.de

Dort findet ihr auch einen längeren Text mit Gedanken zum Thema.

Neue Öffnungszeiten vom Infoladen Schwarzmarkt

Montag 15.00 bis 18.30
Dienstag 15.00 bis 19.00
Mittwoch 15.00 bis 19.00
ab jetzt immer FrauenLesbenTrans/Intersexuellen Tag
Donnerstag 15.00 bis 19.00 immer offen und am 1. Donnerstag des Monats zusätzlich Solidaritätswerkstat zum Briefe schreiben für Gefangene
Freitag 15.00 bis 19.00
Ihr findet uns weiterhin im Kleinen Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
und über Spenden und kleine Daueraufträge auf das Konto:
Verein zur Förderung der politischen Kommunikation e.V.
Ktnr: 711712204
Blz: 20010020 Postbank
freuen wir uns weiterhin riesig!!

Pressemitteilung SOS St. Pauli Gründerzeit-Denkmal durch Rammarbeiten zerstört und ohne Not abgerissen!

Die Anwohner-Initiative "SOS St.Pauli" fordert einen sofortigen Baustopp, um weitere Schäden in der Umgebung zu verhindern und die Verantwortlichkeiten zu klären. Schon seit Tagen erschütterten heftige Rammarbeiten die Bernhard-Nocht-Straße. Anwohner waren bereits in Sorge, weil sie Risse in den benachbarten Altbauten und abgesackte Gehwege bemerkten. Die Investoren Köhler und von Bargen jedoch ignorierten die Warnzeichen und ließen die Bauarbeiten weiterlaufen, für den massiven Bau von Tiefgaragen und Neubauten inmitten der umliegenden Altbauten. Am Freitagmorgen geschah es: Die Giebelwand des denkmalgeschützten Gebäudes Bernhard-Nocht-Straße 85-87 brach zusammen, offenbar weil die Investoren ihre Bauwerkssicherungspflicht vernachlässigt hatten. Später brachen sie ohne Not den Rest des Gebäudes ab.
Die Anwohner-Initiative "SOS St.Pauli" fordert daher sofortigen Baustopp, um weitere Schäden in der Umgebung zu verhindern und die Verantwortlichkeiten zu klären.
Hamburg hat nicht mehr viele historische Häuser, und in St. Pauli ist gerade eines der Schönsten leichtfertig zerstört worden. Das gründerzeitliche Etagenwohnhaus Bernhard-Nocht-Straße 85-87 stand unter Denkmalschutz. Im Kern noch älter, wurde es 1885 komplett umgebaut und aufgestockt und bekam seine zierliche und reichgeschmückte Fassade. Freunde und Bekannte wohnten in den letzten Jahren dort, noch hing die Werbung für's Atelier Zippel in den Fenstern, und das Sailor's Inn bot den tätowierten Männern aus der Nachbarschaft günstiges Bier in kuschelig-verqualmter Atmosphäre.
Das Gebäude hätte noch lange dort stehen können, aber es ist seit gestern unwiederbringlich kaputt. Und das war kein Schicksal, sondern es lag vollständig in der Verantwortung der Investoren Köhler und von Bargen: Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Bauherren den Einsturz der Außen-

wand nicht vorsätzlich herbeigeführt haben, was sich zu diesem Zeitpunkt nicht ausschließen läßt, so war das Gebäude offensichtlich nicht ausreichend gesichert. Juristisch gesprochen wäre das eine Vernachlässigung der Bauwerkssicherungspflicht. Die deutlich sichtbaren Warnzeichen wurden ignoriert - die Gehwege neben der Baugrube waren Tage zuvor abgesackt, der Altbau soll sich bereits um 20 cm abgesenkt haben.

Aber als ob das nicht genug sei: Nach dem Einsturz der Seitenwand am Freitagmorgen wurde das denkmalgeschützte Haus nicht abgesichert, sondern mit einem eilig herbeigerufenen Bagger bis Samstagmorgen komplett beseitigt - ohne Notwendigkeit, denn der Unfallort war längst mit Zaun und Polizei weiträumig abgesperrt, und möglicherweise sogar illegal und ohne Abrissgenehmigung. Für die Investoren lohnt sich der schnelle Abriss: Es wäre teuer geworden, das beschädigte Restgebäude wieder statisch zu sichern, und nun ist praktischerweise ein kompletter Neubau möglich.
Die hier zutage tretende Inkompetenz der Bauherrn konnte sich bisher einer vorbehaltlosen Unterstützung aus der Politik sicher sein. Großzügig wurden Köhler & von Bargen Befreiungen vom Bebauungsplan eingeräumt, was die Bebauungsdichte, die Höhe der Gebäude und die Bauabstände betrifft. Ihre massive Stadt der Tiefgaragen musste ausgerechnet in nächster Nähe von fragilen Gebäuden aus dem 19ten Jahrhundert aus dem Boden gestampft werden.



Ein Bild, das Andreas Gerhold auf die facebook Seite der Piratenpartei gepostet hat, bringt die traurige Stimmung auf den Punkt: Im Hintergrund der Schutthaufen des Hauses, davor einige wenige gerettete Teile der Fassade, arrangiert wie wertvolle Ruinenstücke. Doch auch wenn das Bild an eine antike Tragödie erinnert - dieses Desaster ist nicht das Ergebnis eines unvermeidbaren Unfalls, sondern trauriger Beweis für die Inkompetenz von Investoren, die ohne Skrupel mit massiver Nachverdichtung den historischen Bestand auf St. Pauli zerstören.

Kritik zum Auftreten der Demonstration „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ am 28.01 in Hamburg

Die folgenden Anmerkungen sollen einen Diskussionsbeitrag darstellen. Um Vollständigkeit haben wir uns nicht bemüht. Wir haben den Anspruch, linksradikale Selbstdarstellung in Bezugnahme auf die oben genannte Demonstration zu reflektieren und zu kritisieren. Unser Augenmerk liegt hierbei vor allem auf der Außenwirkung der Demonstration.

Die Antifademo in Hamburg war in vielen Punkten exemplarisch für das derzeitige Auftreten der (radikalen) Linken in Hamburg und darüber hinaus. Mit ähnlichen Demos verbindet sie, dass die vermittelten Inhalte nicht über die üblichen Parolen und das Äußern von stumpfer Ablehnung hinausgehen. Auch die Äußerungen auf den wenigen Transparenten („Deutsche Kontinuitäten angreifen“; Ganz Hamburg hasst die Polizei; etc.) verfügen zwar teilweise über eine gewisse Daseinsberechtigung, sind aber nur für eine Minderheit überhaupt verständlich und in ihrer Außenwirkung einfach nur noch grotesk. Es erscheint so, als ob Mensch überhaupt nicht wüsste, an wen oder was sich die Demonstration überhaupt richtet. Gesellschaftskritik dieser Art erreicht im besten Fall noch die „eigenen“ Leute, jedoch selten den Großteil der Gesellschaft an sich. In diesem Zuge, ist auch die rein äußerliche Aufmachung der Demo zu kritisieren: Ein schwarzer Block ist bei einer reinen Latschdemo einfach nicht notwendig, zumal ja am Ende sowieso nicht in Ketten gelaufen wird (natürlich ist ein schwarzer Block als Aktionsform nach wie vor zweckmäßig, doch in diesem Fall wäre die Sicherheit der Teilnehmer_innen wohl auch so gegeben gewesen) . Wiederum wird mensch den Eindruck nicht los, dass es vielen Demonstrationsteilnehmer_innen nicht um eine ernsthafte Vermittlung von linksradikalen Inhalten geht, sondern vielmehr um das zu Schau stellen einer identitätsstiftenden „rebellischen Haltung“.

Positiv bleibt für uns zu bemerken, dass das übliche eskalationsfördernde Böllergeschmeiße auf der Demo komplett ausblieb, und es außerdem nicht zu unnötigen Flaschenwürfen oder ähnlichem kam. Hierbei geht es uns auf keinen Fall um eine Distanzierung von Militanz an sich, doch verkommt diese Spielart der „Militanz“ im Zuge solcher Demos oft zum Bullen-Bashing mit starkem Eventcharakter, und ist meist nicht durch die Situation begründet. Wir glauben, dass so ein Verhalten an dieser Stelle einfach deplatziert ist, zumal es andere Teilnehmer_innen gefährdet und die Situation unnötig verschärft.

Einer radikalen Linken,die es ernst meint mit der Überwindung von Staat, Nation und Kapital,ist all dies nicht würdig. Wir hoffen, dass in der Zukunft vermehrt eine kontinuierliche Reflektion über Verhaltensweisen, Aktionsformen und Auftreten stattfindet,die die eigene Szene zum Tanzen bringt. Vielleicht erreicht mensch so auch die oft beschworene „gesellschaftliche Relevanz“, denn so wie es ist kann es nicht bleiben. Die radikale Linke sollte den bestehenden Verhältnissen endlich mehr entgegensetzen können,als antiquierte Aktionsformen aus den 80igern!

Einige (Post-)Autonome

....

Dresden Nazi-frei

Obwohl bereits lange im Vorfeld bekannt war, dass die Nazis an 18.2.12 nicht in Dresden laufen würden, fanden sich über 10 000 Menschen vor Ort ein. Während der Demo machten mehrere Zwischenkundgebungen, unter anderem auf die skandalösen Repressalien der Sächsischen Justiz und Polizei aufmerksam, forderten in Verbindung mit der Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) die Auflösung des Verfassungsschutzes und warnten nicht zuletzt vor sich ausbreitenden rassistischen und geschichtsrevisionistischen Einstellungen. Die Demo endete schließlich am „Haus der Begegnung“, das letztes Jahr von Einheiten des SEK gestürmt wurde. Damals erhielten mindestens 40 Menschen ein §129a Verfahren.

Obwohl parallel zur Antifa-Demo in der ganzen Bundesrepublik von Neonazis über 100 „Trauermärsche“ angemeldet wurden kam es nur in Gera, Fürth und Worms zu kleineren Aufmärschen, an denen sich insgesamt ca. 300 Nazis beteiligten.

Bereits die Nazimobilisierung zum 13.2.12 in Dresden mit rund 1000 Teilnehmer_innen war gescheitert. Die Route wurde auf ca. 1 km verkürzt und nach 30 Minuten war die Demo auch schon wieder zu Ende.

Alle Jahre wieder

Erneute Gewalttaten durch die RSH in Hamburg

In der Nacht zum 24.12.11 ereignete sich ein gewalttätiger Übergriff von Mitgliedern der "Roten Szene Hamburg" auf drei hamburger Antifaschist_innen. Als diese gegen 1:00 Uhr aus der Hafenstraße Richtung Reeperbahn gingen, trafen sie in der Balduinstraße Ecke Friedrichstraße auf die Angreifer_innen. Etwa 7-8 Personen kamen ihnen, bedrohlich rufend und mit erhobenen Händen klatschend, aus der Friedrichstraße entgegen. Zwei der Angegriffenen wurden sofort umstellt, beleidigt, bedroht und körperlich bedrängt. Ihnen wurde gesagt, dass ‚das Viertel' der RSH gehöre und sie sich nicht dort aufzuhalten hätten. Die dritte angegriffene Person war auf die Straße ausgewichen und hatte sich, in der Hoffnung, dass es ihr Schutz bieten würde, in die Nähe mehrerer Polizist_innen gestellt, die gerade eine Personenkontrolle durchführten. Ungeachtet dessen folgten ihr zwei der Angreifer_innen auf die Straße, traten nach ihr und schlugen ihr ins Gesicht. Die zufällig anwesenden Polizist_innen griffen sogleich ein und nahmen einen der Angreifer_innen wegen Körperverletzung fest. Bei der Durchsuchung fanden sie zusätzlich eine schwere Metallkette bei dem Festgenommenen. Während des Eingreifens der Polizei waren die übrigen Angreifer_innen geflüchtet.

Die beiden anderen Angegriffenen begaben sich unterdessen zur Davidswache, weil sie erwarteten, dass ihr Freund ebenfalls von der Polizei mitgenommen werden würde. Dieser wurde jedoch laufen gelassen. Als er ihnen zur Davidswache folgte, traf er auf der Reeperbahn auf zwei der vorherigen Angreifer_innen, die ihm aufgelauert hatten. Sie warfen ihm vor, dass er Schuld an der Festnahm sei und drohten ihm, dass er das jetzt büßen werde. Er rannte weg, doch die Angreifer_innen jagten ihm nach, bis er sich in die Davidswache flüchten konnte.
Dies ist nicht der erste gewalttätige Übergriff von Mitgliedern der Gruppe "Rote Szene Hamburg" und ihrem Umfeld. Auf die Beteiligung an der gewaltsamen Verhinderung von "Warum Israel" im B-Movie im Oktober 2009 folgte ein Angriff auf zwei Hamburger Antifaschist_innen im Januar 2010 in der Nähe des Hafenklangs, bei dem die Angreifer_innen ihnen auflauerten, sie schlugen und traten, auch noch als sie bereits am Boden lagen. Erst als Unbeteiligte die Polizei alarmiert hatten, ließen die Angreifer_innen ab und flüchteten. Weitere Male kam es seit dem zu Bedrohungen und Schlägen auf dem Hamburger Berg, in der Schanze, im Gängeviertel und im Zuge antifaschistischer Reisegruppen.

Oftmals zur Zielscheibe der Einschüchterungsversuche werden nicht organisierte Antifaschist_innen, die wenig Möglichkeiten sehen, sich Unterstützung zu suchen. Durch die häufig vorhandenen persönlichen Bekanntschaften mit den Angreifer_innen wird für die Betroffenen die politische Dimension der Situation leicht verdeckt, weshalb Vorfälle nur selten bekannt gemacht werden. Die Reduktion der genannten Angriffe auf vermeintliche "persönliche Streitereien" schiebt jedoch den Angegriffenen nicht nur eine Mitschuld zu, sondern blendet außerdem das Muster im Verhalten von RSH und Co. aus. Die Übergriffe verlaufen immer ähnlich. RSH und Co. beanspruchen, dass ‚das Viertel' ihnen gehöre, sie also das Sagen hätten und entscheiden könnten, wer sich dort aufhalten dürfe. Sie treten als Macker-Gang auf, die ihr Gebiet kontrolliert. In diesem dulden sie diejenigen nicht, die sie als „Antideutsche" identifizieren und wen sie nicht dulden, gegen die_den wird gewaltsam vorgegangen. „Antideutsch" fungiert hierbei nur noch als Label, das völlig von Inhalten entkoppelt ist. Auf eine diffuse Vorstellung von „Antideutschen" können sich RSH und Co. jedoch über die Mauern der B5 hinweg verlassen, wenn es darum geht, ihre Taten zu skandalisieren. Das "antideutsche Gespenst", eine nach Bedarf ausgeschmückte Projektionsfläche, überholt sofort die Empörung über die Gewalt und hinterlässt ein Schweigen aus dem Wunsch, sich nicht in einen vermeintlichen "Sektenkrieg" ziehen zu lassen oder gar der Unterstellung, irgendwie müssten die Angegriffenen ja provoziert haben, sonst hätte es sie nicht getroffen. Daraus ergibt sich für die Betroffenen eine Situation, in der sie alleine mit der Gewalt und der Bedrohung fertig werden müssen, während RSH und Co. gewähren können, wie es ihnen beliebt.

Wenn deshalb einzelne Betroffene den Weg einer Strafanzeige bei der Polizei wählen, weil sie sich davon einen Schutz erhoffen, den sie anderswo nicht erfahren, ist das Ausdruck ihrer Angst und Ausweglosigkeit. Wer den Gerüchten glaubt, diese Personen hätten dabei über linke Strukturen geredet, und damit nachträglich die Angriffe rechtfertigt, die_der geht der fadenscheinigen Taktik der Angreifer_innen auf den Leim.

Einige Freund_innen der
Angegriffenen Personen



Zur Diskussion mit antideutschen Argumenten

Die folgenden Gedanken wurden hier geschrieben, weil mittlerweile der Eindruck entstanden ist, dass die typisch antideutschen Argumente seit längerer Zeit auf der Stelle treten. Da es bei vielen Menschen zum linksradikalen Selbstverständnis gehört, seine eigenen Vorstellungen immer wieder kritisch zu überprüfen und diese weiterzuentwickeln, möchte dieses Papier einige der typisch antideutschen Argumente andiskutieren, die in einem Stillstand mit der Schlagkraft eines Murmeltiers erstarren.
Die Meinungen in diesem Papier verstehen sich als Delegierte einer linksradikalen, anarchistischen Politikpraxis, die Gefühle, Analysen und Argumente in eine Diskussion einbringen sollen und die sich um Perspektiven bemühen und sich nicht besserwisserisch auf Vermeintlichkeiten ausruhen wollen.

1. Der Begriff „deutsche Verhältnisse" reduziert in dem Wort „deutsch" den kritisierten Herrschaftswillen zu einem national-territorialen oder sogar völkischem Charakterzug. Verhältnisse sind aber nicht wegen der Nationalität der beteiligten Menschen wirksam, sondern wegen ihrer Beziehungen, die die Beteiligten zueinander haben. Diese nationalistische Gedankenstruktur zeigt sich in mehreren Argumenten, die typischerweise von Antideutschen, aber nicht nur von ihnen, vertreten wird. Leser_innen, die es vorziehen Herrschaftsverhältnisse im Rahmen von Nationen zu denken und anzugreifen sollten jetzt aufhören weiterzulesen.
Personen, die den durch Rassismus ermöglichten Mord an Oury Jalloh hinausschreien, aber nicht mitdenken wollen, dass in den USA zwar nur ca. 5% der Weltbevölkerung leben, aber ca 25% der weltweiten Gefängnisinsassen , dass in den USA 1,65% der als „schwarz" kategorisierten Bevölkerung eingeknastet sind, aber nur 0,27% der als „weiß" kategorisierten Bevölkerung , und Personen, die Herrschaftsverhältnisse angreifen, aber nicht mitdenken wollen, dass McDonalds ein Musterschüler in der kapitalistischen Ausbeutung seiner Arbeitnehmer ist oder dass Coca-Cola, Chiquita und andere Konzerne Gewerkschaftsaktivisten töten ließen, sollten dieses Papier auch nicht lesen. Wer hier angesprochen ist, wird es schon wissen.

2. Natürlich macht es keinen Sinn, den warenproduzierten Teil und den finanzmarktlichen Teil der kapitalistischen Wirtschaftsweise getrennt voneinander zu bewerten, weil diese Teile im kapitalistische System zusammenhängen. Der moderne Finanzmarkt kann funktionieren und Profite machen, wenn Menschen Kredite aufnehmen und das tun sie, weil der warenproduzierende Teil des Systems irgendwann anfing die Käufer ihrer Waren wegzurationalisieren oder immer schlechter zu bezahlten, wo diese Käufer als Lohnabhängige ja bei ihnen selbst beschäftigt waren. So ist das kapitalistische Wirtschaften sogar sich selbst gegenüber zerstörerisch und kann nur überleben, wenn es neue Märkte findet, wo es seine Profite investieren kann und am Ende mehr als diese Investition herausbekommt. Weil der Kapitalismus also zerstörerisch ist, für Menschen, für die Natur, für alles, was in sein System integriert wird, muss er als Ganzes angegriffen werden.
Wenn der moderne Finanzmarkt von anderen Teilen des kapitalistischen Wirtschaftens isoliert wird, ist es also eine (oftmals taktisch-verharmlosende) Verschleierung von kapitalistischen Zusammenhängen. Für Faschisten und Antisemiten anschlussfähig wird solch eine Trennung, wenn dieser Teil oder ein anderer Teil des Systems vermenschlicht oder biologisiert wird und zum Beispiel einer konstruierten Gruppe, wie Juden als biologisierte Gruppe, angehaftet wird, wie es im Nationalsozialismus getan wurde.

Dieses Papier vertritt die Meinung, dass erst die Vermenschlichung oder Biologisierung eines wirtschaftlichen Verhältnisses strukturell das ist, was die Nationalsozialisten getan haben und Faschisten heutzutage immer noch tun. Die Isolierung von Teilen des kapitalistischen Systems (z.b. Finanzkapital) und Attackierung nur diesen Teils in der Erwartung, dass ohne ihm das System besser wäre, wird hier als Verschleierung oder Unkenntnis der Zusammenhänge gesehen.
Dass trotzdem Menschen mit ihren Handlungen dafür verantwortlich sind, dass der Kapitalismus inklusive seiner profitmachenden Teile als System weiterläuft, ist keine Vermenschlichung oder Biologisierung, wenn diese Menschen durch diese Handlungen definiert werden, als Kapitalisten, und nicht durch willkürlich ausgesuchte soziale Merkmale, wie Religion oder anderem. Wenn einige menschen solche Personen wegen ihrer Handlungen angreifen, zum Beispiel als Kapitalisten, weil sie das kapitalistische System fördern, weiter ausgestalten usw., dann greift mensch diese Personen da an, wo sie sind, global. Da spielt es keine Rolle, wo diese Personen sind, ob diese Orte Deutschland, Tunesien oder Israel genannt werden. Also, erst wenn Argumente die so angegriffenen Personen als religiöse, ethnische oder sonst-was-Gruppe konstruieren, werden diese Argumente rassistisch/antisemitisch o.ä., und dann ist das strukturell das Gleiche, was die Nationalsozialisten getan haben.
Wenn eine Argumentation solche Personen als Menschen anfeindet, statt ihre Herrschafts- und Ausbeutungshandlungen und Verhältnisse anzugreifen, dann wird die Argumentation anschlussfähig für Antisemiten. Eine Kritik am Staat Israel kann nicht antisemitisch sein, wenn das Gebiet nicht als religiös-ethnische Struktur gedacht wird. In der Region leben Kapitalisten, Substistenzwirtschaftler, Ausgebeutete, rechtskonservative, liberale, anarchistische und sozialbewegte Menschen, militante, friedliche, jüdische, moslemische und christliche Menschen usw. Erst wenn ein Herrschaftsverhältnis nicht über die Beziehung und Handlungen der Beteiligten miteinander angegriffen wird, sondern die Beziehungen als jüdisch, palästinensisch, moslemisch usw. biologisiert werden, ist solch eine Kritik auf die eine oder andere Weise rassistisch. Wenn Gewalt und Ausbeutung an Menschen mit palästinensischer Nationalität kritisiert wird ohne die Gewalt und Ausbeutung an Menschen mit israelischer Nationalität anzugreifen und wenn die Gewalt und Ausbeutung durch Menschen mit israelischer Nationalität angegriffen wird, die Gewalt und Ausbeutung durch Menschen mit palästinensischer Nationalität aber ausgeblendet wird, ist diese Kritik anschlussfähig für Antisemiten und Islamophobe. Insofern wird Antizionismus und Israelkritik dann anschlussfähig für Antisemiten, wenn diese aus irrationaler Feindschaft zu Zionisten und Israel und nicht als Kritik an zionistischer und israelischer Politikpraxis formuliert wird.

Dieses Papier vertritt die Ansicht, dass alle Menschen, die gegenüber Gewalt, Herrschaftsverhältnissen, Unterdrückung und Ausbeutung nicht schweigen, Respekt und das Hinhören verdienen, egal welche Nationalität, sozialen Status oder Religion sie haben. Dass Menschen, die ihre Kritik auch öffentlich sagen oder zeigen, entgegnet wird, sie hätten einen Selbsthass, psychologisiert diese Menschen als krankhaft und entmächtigt sie eine eigene Meinung und Urteilsvermögen zu haben. Wenn dies durch Personen geschieht, die über 3000 Km entfernt vom kritisierten Geschehen leben, an Menschen, die vor Ort sind und

vielleicht sogar selbst betroffen sind, dann erscheint das selbstherrlich, verletzend und gefährlich. Denn wenn diese als krank betitelten Menschen dann zusätzlich noch als krank-jüdische Gruppe konstruiert werden, ist es strukturell das Gleiche, wie die Propaganda der Nationalsozialisten, die mit Hilfe solch einer Propaganda Menschen durch eine biologisierte, charakterliche Herabsetzung abgegrenzt und sich über diese Menschen ermächtigt haben.

3. Das Wort Tätervolk biologisiert ein soziales Verhalten und konstruiert so eine Gruppe als Volk: Bei den Antideutschen die Deutschen. Dieses Papier vertritt die Ansicht, dass es keinerlei Entschuldigung dafür geben kann, im Angesicht eines Grauens wie den Tötungen in den Konzentrationslagern der Faschisten zu schweigen. Die Tötungen aber auf Deutsche zu reduzieren, biologisiert die Täter, dämonisiert Deutsche und verharmlost Faschisten und Kollaborateure in Resteuropa und der Welt. Auch diese Faschisten haben in Tateinheit jüdische, nomadische, kommunistische, homosexuelle, kranke und sogenannte asoziale Menschen in fast ganz Europa verfolgt, in Lagern bewacht, gefoltert, getötet, sie ausliefert, verraten. Und auch hier gab es die, die schwiegen. Wenn diese Schweiger angegriffen werden, dann ist es egal, woher diese Personen waren/sind, ob aus Deutschland, Frankreich, dem Balkan, GB oder Italien usw. Eine Reduzierung des Schweigens und der Verbrechen auf deutsche Täter biologisiert das Verhalten der Personen und konstruiert eine nationale Gruppe und nationalistische Schuld und verharmlost so den Faschismus als (nur) deutsche Gefahr.

So eine Geschichtsaufarbeitung bei der eine konstruierte Gruppe abgegrenzt und dann dämonisiert wird, ist strukturell das Gleiche wie es die Nationalsozialisten in ihrer faschistische Propaganda getan haben, indem sie die als jüdisch, roma, sinti asozial bezeichneten Menschen als Ausnahmegefahr darstellten. Ein Angriff auf alle faschistische Personen, weil sie faschistisch sind und nicht, weil sie „deutsche" Faschisten sind, wird so

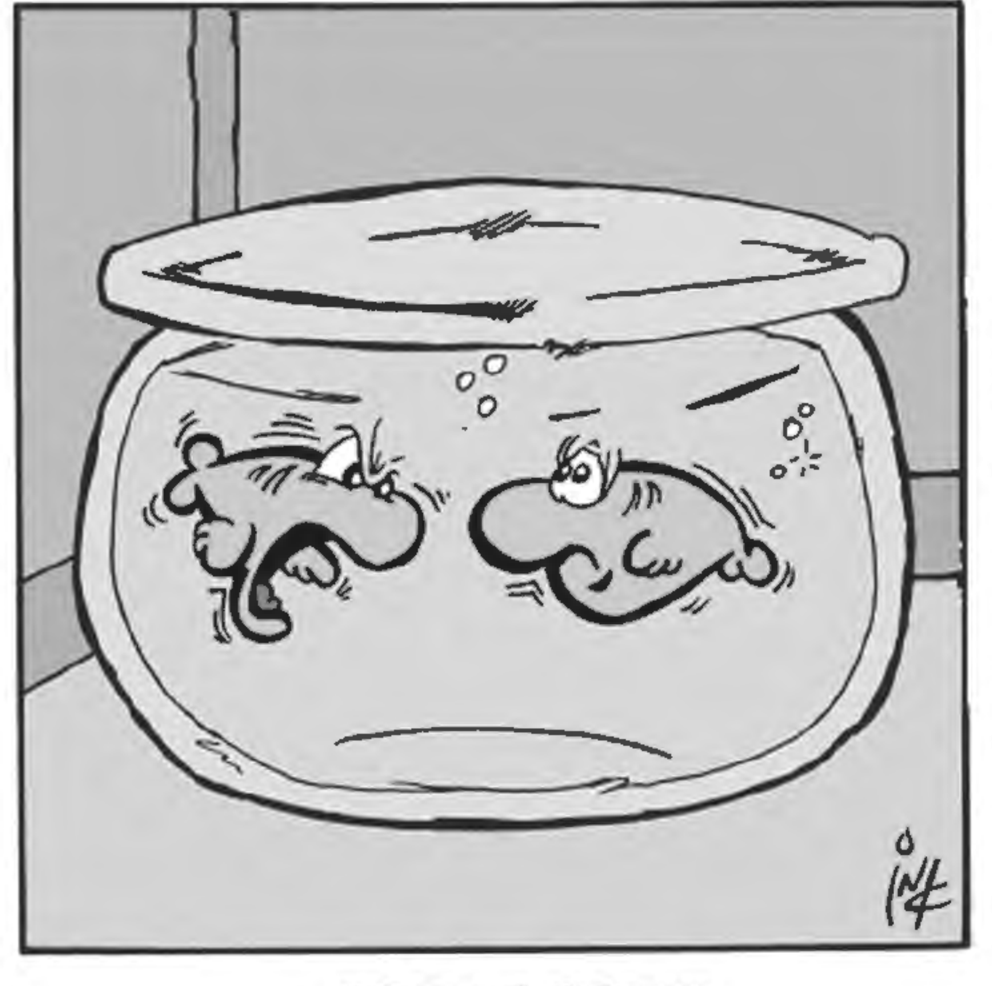
nicht als Relativierung der Verbrechen der Nationalsozialisten gesehen. Das Fehlen einer Biologisierung und Nationalisierung eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit die (wenigen) Widerstandskämpfer mit deutscher Nationalität zu würdigen, die gegen die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten agiert haben, anstatt diese aus der Geschichte zu verbannen, indem sie verschwiegen werden.

4. Antideutsche betonen immer wieder ausdrücklich die singuläre Einzigartigkeit der industriellen Vernichtung von Menschen, die von einigen als das schlimmste Verbrechen der Menschheitsgeschichte gesehen wird. Ersteres ist ein historischer Fakt, jedoch fragt dieses Papier sich, welche Funktion die letztere Hierarchisierung von Grauen haben könnte. Solch ein Ansatz macht die „Deutschen" strukturell (ungewollt) zu etwas Besonderem. Nur ist bei den einen Letzteres positiv, bei den anderen Letzteres negativ besetzt. Ist die millionenweise Verschiffung und Vermarktung von afrikanischen Gefangenen in Amerika nicht auch für sich ein einzigartiges Grauen der Menschheitsgeschichte gewesen? Oder die Abschlachtung der Autochthonen Amerikas: „Prärie-Indiander", „kalifornische Gruppen" usw? Oder die Inquisition? Sind die herrschaftssichernden Genozide an Cham, Tutsis, Hereros oder oder oder irgendwie in einen Wert-Vergleich zu setzen mit dem Holocaust?? Dieses Papier ist der Ansicht, dass nicht einzelne Ereignisse in eine Art Konkurrenz zueinander gestellt werden sollten, sondern die Systeme, die jedes einzelne Grauen ermöglicht angegriffen werden müssen.

Weil Antisemitismus und Ausschwitz in den Grenzen von Deutschland isoliert dargestellt und angegriffen wird, statt Herrschaftsverhältnisse, die Ausschwitz erst ermöglicht haben, als Ganzes anzugreifen, können Herrschaftsverhältnisse als solches in anderen Regionen der Welt ignoriert werden, wie z.b. in den USA. Ein mögliches neues Ausschwitz in anderen Regionen, das aus Herrschaftsverhältnissen heraus wieder passieren kann, wird mit der Parole „nie wieder Deutschland" nicht eingedacht. Die nationalistische Einschränkung der Formulierung blendet Antisemitismus, Antiziganismus, patriachale Ausbeutung, kapitalistische Ausbeutung usw. in anderen Regionen der Welt aus und reduziert Herrschaftsverhältnisse auf ein singuläres Vorkommen, nämlich Ausschwitz, statt Ausschwitz als tatsächlich statt gefundenes Beispiel eines Grauens, welches wegen solcher Herrschaftsverhältnisse entstehen konnte, zu benennen.

Und zum Schluss: Rassismus, Sexismus und andere Unterdrückungsverhältnisse hören natürlich nicht auf zu existieren, wenn der Kapitalismus abgeschafft wird, wie die Monarchie, die historische Sklaverei u.a. beispielsweise zeigt, wo konstruierte Kasten, Ethnien oder Rassen z.B. als Sklaven die Ernährung der Sklavenbesitzer erbrachten.

aus der Post



"GET LOST!"

Hausbesetzungen entkriminalisieren! Aber wie?

Mietenwahnsinn, Gentrifizierung, Verdrängung – die Auswirkungen des kapitalistischen Standortwettbewerbs sind zum Modethema geworden. Ebenso sind unterschiedlichste Lösungsrezepte in der Diskussion: Wohnungsbauprogramme, soziale Erhaltungsverordnungen, Mietobergrenzen, Bebauungspläne, Bürger_innenbeteiligung und manch andere. Im Vorfeld der Mietendemo im Herbst 2011 wurde sich darüber hinaus mit der Forderung „Wohnraum vergesellschaften!“ grundsätzlich positioniert und der Stadt als Ware und Standortfaktor eine selbst gemachte Stadt, die allen gehört, entgegen gestellt:
“Stadt selbst machen bedeutet, die Bedürfnisse aus den vermeintlichen Sachzwängen und den Nischen des Alltags zu befreien und sich den städtischen Raum anzueignen. Vergesellschaftung in diesem Sinne ist keine Verstaatlichung. Sie meint einen Prozess selbstbestimmter Kollektivierung, der nicht darauf abstellt, private Besitztümer von A nach B zu verschieben, sondern eine solidarische Gesellschaft zum Ziel hat.
Wenn wir uns den städtischen Raum nehmen, dann in dieser Perspektive der Aneignung.“

Eine Form dieser spontanen und selbstgemachten Aneignung städtischen Raums ist die in den letzten Jahren wieder mehr ins Gespräch geratene Hausbesetzung. Leider war die Ankündigung, den Astraturm oder andere der 1,4 Millionen qm leer stehenden Büroraums zu besetzen, bisher nicht umsetzbar. Aber mit dem ehemaligen Erotic Art Museum, in der Juliusstr. 40 und dem kurzfristig im ehemaligen Finanzamt Altona eingerichteten Autonomen Centrum Altona Bahnhof wurde im Diskurs über billigen Wohnraum, Mietenwahnsinn und Leerstand und selbstbestimmte Räume offensiv Position bezogen. Auch kurzfristige Aktionen mit Aneignungscharakter wie Fette Mieten Partys oder das Kuhtreiben zum ehemaligen Realmarkt beeinflussen hier die öffentliche Wahrnehmung von Eigentumsverhältnissen und Verfügungsgewalten. Nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

Denn nach wenigen Stunden wird das Haus mit Gewalt geräumt, auch wenn herumstehende Baumaterialien oder solidarische Menschen vor dem Haus dies noch ein wenig verzögern können. Die im Haus angetroffenen Personen werden mit Repressalien und Geldstrafen überzogen; mit der Absicht, dass die meisten Betroffenen diese Aktion so bald nicht wiederholen, andere abgeschreckt werden und Gruppen und Strukturen die nächste Zeit mit Solierklärungen, Prozessbesuchen und Spenden sammeln beschäftigt sind.

Hier setzt die Forderung nach der Entkriminalisierung von Hausbesetzungen genau richtig an – sowohl, um eine eher abstrakte Vergesellschaftungsperspektive praktisch umsetzbar als auch, um diese Vergesellschaftungspraxis alltäglicher zu machen. Leider bleibt dies aber bisher lediglich solidarische Haltung und radikales Label. Im Folgenden einige Thesen, wie man an dieser Stelle weiter kommen könnte.

Erstens muss die Forderung nach Entkriminalisierung von Hausbesetzungen breiter in die Öffentlichkeit getragen und offensiver gestaltet werden. Besetzung als legitimer Eingriff in die scheinbar unumstößlichen Verhältnisse angesichts von Zweckentfremdung durch Leerstand von Büro- und Wohnraum oder Nutzung als Feriendomizil muss in der öffentlichen Diskussion viel präsenter sein. Dass hier sogar juristisch was geht, zeigte die Argumentation des Verteidigers im letzten Julius-Prozess, von der Zweckentfremdungsverordnung bis zur Sozialbindung des Eigentums im Grundgesetz. Denkbar wäre beispielsweise eine Regelung wie bis vor kurzem in den Niederlanden, wo die Besetzung von mehr als einem Jahr leer stehenden Gebäuden legal war. Aber auch in der BRD wurden in den achtziger Jahren Hausbesetzer_innen frei gesprochen, auch wenn diese Urteile selten über eine Instanz Bestand hatten. Das durchweg positive Presseecho nach den Besetzungen der letzten Zeit zeigte zum einen, dass hier durchaus wohlwollende Aufmerksamkeit besteht. Zum anderen aber, dass z.B. in der öffentlichkeitswirksamen Begleitung der Hausbesetzungsprozesse bisher die Chance vertan wurde, weiter offensiv in diese Richtung zu argumentieren.

So eine Kampagne kann aber nicht – wie bisher üblich – von den Betroffenen und ihrem unmittelbaren Umfeld im Alleingang geleistet werden. Öffentlichkeitsarbeit und Kampf gegen Repression auf juristischer und politischer Ebene müssen eine größere Breite bekommen. Nicht zuletzt ist auch finanzielle und politische Solidarität mit den Besetzer_innen in größerem Ausmaß nötig. Anstatt der Welle von Kosten hinterher zu laufen, könnte etwa bereits im Vorfeld ein Solifond bereitgestellt werden. Mit so einer Art Hausbesetzungs-Versicherung im Rükken sinkt möglicherweise die Hemmschwelle, Aneignungsaktionen selbst zu machen.

Darüber hinaus müssen zukünftige Aktionen mehr Möglichkeiten schaffen, wie man eine unmittelbare Räumung umgehen kann. Dass dies keine militärische Frage sein kann, liegt auf der Hand. Hier muss kreativ – und in einem anderen Rahmen – über Lösungen nachgedacht werden, die den Stillstand um besetzte Häuser und Projekte in Hamburg beenden.



Die Häuser denen, die sie sich nehmen! Die Stadt gehört allen!

Freies Netzwerk für den Erhalt des Schanzenparks

3 1/2 Jahre Knast für Rafi & Flo gefordert

Nachdem unsere Genossen Rafi und Flo im Zuge der Räumung des besetzten Stadtteilzentrums Kukutza III in Bilbo, Baskenland, September 2011 verhaftet wurden und neun Tage in Untersuchungshaft verbringen mussten, hat die Staatsanwaltschaft nun konkrete Forderungen für das Strafmaß gestellt.

Flo und Rafi wird vorgeworfen, während der Auseinandersetzungen ums Kukutza am 21.09.2011 Müllcontainer angezündet zu haben.
Die vorgeworfenen Straftaten lassen sich als Sachbeschädigung und schweren Landfriedensbruch übersetzen.
Obwohl beide Angeklagten nicht vorbestraft sind, fordert die Staatsanwaltschaft für den Landfriedensbruch zwei Jahre Haft und für die Sachbeschädigung eineinhalb Jahre, zusätzlich eine Entschädigung von 2300 Euro für den angeblich zerstörten Müllcontainer.

Die Forderung der Haftstrafen ergeben zusammen dreieinhalb Jahre, wodurch im Falle einer Verurteilung eine Bewährungsstrafe ausgeschlossen wird.

Die Absurdität der Vorwürfe wird an folgenden Tatsachen deutlich:
Als Beweis für die angeblichen Taten sollen sollen die Zeugenaussagen von zwei Zivilpolizisten ausreichen.
Diese behaupten, Flo und Rafi am Tag der Räumung des Kukutza um 18:15 bei der Tat beobachtet zu haben.
Es gab an besagtem Tag in Bilbao vor 19:30 Uhr keine brennenden Container.
Zum Tatzeitpunkt haben sich die Beschuldigten nicht in in der Stadt aufgehalten. Festgenommen wurden die beiden letztendlich mehr als vier Stunden später, kamen zwei Tage in Isolationshaft und anschließend in Untersuchungshaft.

Die Verteidigung der Beschuldigten streitet die Tatvorwürfe ab und fordert Freispruch für die Angeklagten.

Der Gerichtstermin steht noch nicht fest, wird aber zwischen Mai und September erwartet. Da jetzt stark davon auszugehen ist, dass es demnächst zu einem Gerichtstermin kommt, brauchen wir dringend noch weitere Soli-Gelder um die Verteidigungskosten zu finanzieren.

Dazu das Soli-Konto:

Rote Hilfe e.V. OG Hamburg
Konto-Nr.: 84610203
BLZ: 20010020
Postbank Hamburg
Stichwort: Flo & Rafi

Wir werden euch über den aktuellen Stand auf dem Laufenden halten, zu diesem Zweck wird auch unser Blog wieder aktualisiert werden.

Es ist immer ein Angriff auf uns alle!

supportkukutza.blogsport.de

Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus am 31. März 2012

Europa und die Europäische Union (EU) befinden sich im Ausnahmezustand. Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit dieser Katastrophenrhetorik werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten setzen auf mehr "Wettbewerb" und einen brutalen Sparkurs, um das "Vertrauen" und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Genau damit aber bestätigen sie die destruktive Logik des Kapitalismus. Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von privatem Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorten zugespitzt. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. In den sogenannten "aufstrebenden Märkten" herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum, das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation der vergangenen Jahrzehnte hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht die vermeintliche Gier und Korruption einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht.

Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten "über ihre Verhältnisse gelebt". In Wahrheit haben auch sie nur versucht, über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen. Sie taten was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und neue,

milliardenschwere "Rettungsfonds" sind an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische "Schuldenbremse" soll "die Märkte beruhigen", natürlich zu Lasten von Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Menschen in Ausbildung. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen, trotz eigener politischer Differenzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern wurde heftig protestiert. Überall sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Doch bislang blieben selbst Massenstreiks erfolglos. Die großen nationalen Gewerkschaften stützten letztlich doch die Standortpolitik ihrer jeweiligen Staaten und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Es gab keine effektive gewerkschaftliche Solidarität über Landesgrenzen hinweg. Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

Wir können das besser

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ, wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Marktes, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Gleichzeitige Demonstrationen in mehreren europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Die Krise verläuft in unseren Ländern sehr unterschiedlich. Aber wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Der Kampf gegen den fortgesetzten Abbau sozialer Sicherheiten und Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen brechen. "Echte Demokratie", wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus!

Ein breites Bündnis linker Gruppen und anarchosyndikalistischer Basisgewerkschaften aus Griechenland, Polen, Spanien, Belgien,



Italien, Niederlande, Österreich und Deutschland (M31), ruft für den 31. März zu massiven Protestaktionen gegen die autoritäre Krisenpolitik von deutscher Bundesregierung, EU-Kommission und EZB auf.
Auf diese Weise soll die grundsätzliche Kritik an der Verwertungslogik des Kapitalismus in die Praxis umgesetzt werden.
Beim deutschen Ableger des M31-Bündnisses wurde nun, Ende Januar in Frankfurt, die heiße Phase der Mobilisierung für den hier statt findenden Teil des Aktionstages eingeläutet. Die über 70 TeilnehmerInnen des Treffens von verschiedenen Antifa-Gruppen, Basisgewerkschaften und linken Organisationen waren sich dabei schnell einig, dass das Ziel der bundesweiten Demonstration die Stilllegung der Baustelle der EZB im Frankfurter-Ostend sein soll.
Angesichts der Eskalation der kapitalistischen Tages- und Krisenpolitik, die im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit überall über demokratische Rechte und die Lebensbedürfnisse der Lohnabhängigen hinweggehe, müsse als Auftakt für weitere Proteste im Laufe des Jahres ein deutliches Zeichen des Widerstandes gesetzt werden.

Leo Schneider, ein Sprecher des M31-Bündnisses, erklärte zu der Aktion:
„Die EZB ist eines der zentralen politischen Instrumente mit denen die starken Länder der Eurozone, vor allem Deutschland und Frankreich, versuchen, die kapitalistische Krise auf dem Rücken der Lohnabhängigen hier und vor allem in Südeuropa zu lösen. Eine Stilllegung der EZB-Baustelle ist insofern ein überfälliger Schritt zur Abrüstung im kapitalistischen Wirtschaftskrieg".

Die TeilnehmerInnen des Bündnistreffens waren sich darüber hinaus darin einig, dass den ideologischen Versuchen, die Euro-Krise mit dem Fehlverhalten von „faulen Lohnabhängigen" und/oder „gierigen Bankern" zu erklären, zurück gewiesen werden müssen. Das Problem sei gerade nicht das „unmoralische Verhalten" von einzelnen Menschen, sondern vielmehr die kapitalistische Eigentumsordnung. Schneider dazu: „Die autoritäre Sparpolitik, die den südeuropäischen Ländern im Zuge der „Eurorettung" von EZB und Co. auferlegt wird, macht den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nicht auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern auf die Produktion von Profit zielt, offensichtlich: Viele Menschen, z.B. in Griechenland, müssten faktisch aufhören zu leben, um den Anforderungen von Regierungen und Kapital noch zu genügen". Auch der Status Deutschlands als „Exportweltmeister" sei nur durch die Ökonmisierung vieler Lebensbereiche und die gezielte Verarmungspolitik durch Agenda 2010 und Hartz IV erreicht worden.

Die M31-Initiative hat sich dabei mehr als eine einmalige Aktion zum Ziel
gesetzt.
„Es geht uns um eine langfristige Vernetzung über nationalen Grenzen hinweg, um mit einem antiautoritärem Selbstverständnis und in sozialen Auseinandersetzungen die Selbstermächtigungen gegen kapitalistische Herrschaft voranzutreiben",
so Schneider weiter.

Die Demonstration beginnt am Samstag, den 31. März um 14 Uhr am Hauptbahnhof in Frankfurt und wird dann vorbei an der alten EZB zur neuen Baustelle ziehen.

Aufruf zur Solidarität
Hamburger Prozess gegen somalische Gefangene

Liebe Aktivist_innen, Unterstützer_innen und Freund_innen, liebe Menschen,

der sogenannte Hamburger "Piratenprozess" wird nach fast 1 ½ Jahren voraussichtlich bald zu Ende gehen. Das Urteil ist noch nicht geprochen, aber das Schlimmste ist zu befürchten. Das werden wir nicht unkommentiert lassen! Wir möchten Euch alle dazu aufrufen aktiv zu werden und Euch mit den somalischen Gefangenen zu solidarisieren und Rassismus und (Neo)kolonialismus entgegenzutreten!

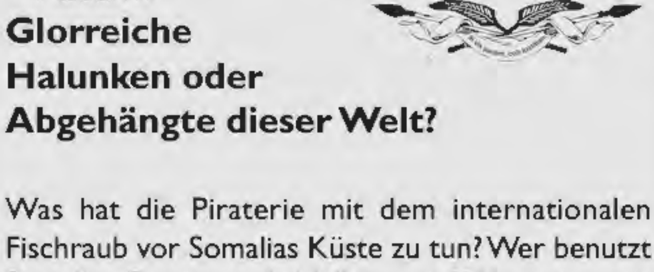
Fast zwei Jahre ist es her, dass die zehn somalischen Männer zwischen 15 und 50 Jahren nach Europa verschleppt wurden, um ihnen hier den Prozess zu machen. Mit viel Medienrummel wurde der Prozess am 22. November 2010 eröffnet, doch nach einem zähen Procedere, in dem es um die Altersfestsetzung der drei jugendlichen Somalis ging, verlor die Presse und auch die Öffentlichkeit schnell das Interesse. Weil das Gericht weder den somalischen Dokumenten noch den Aussagen der Mütter der Jugendlichen glaubte, wurden sogenannte „Experten" eingeladen, die nach europäischen Maßstäben und veralteten und fragwürdigen Methoden schließlich das gewünschte Alter der Jungen festlegten.
Nach dem Zeugen der niederländischen Marine und der Besatzung der „Taipan" den Tathergang geschildert hatten, wurde es endgültig ruhig auf den Besucherbänken des Sitzungssaals. Was die beiden weißen „Sachverständigen" über die politische Lage in Somalia zu erzählen hatten, interessierte selbst das Gericht kaum noch und so ging man dazu über die „Beweise" in Form von Waffen, Handys, Sim-Karten und Fotos von Einschusslöchern akriebisch zu untersuchen. Als endlich die Gefangenen befragt wurden, traten ihr bedrückenden Lebensverhältnisse zutage. Der Richter hatte ihnen eingangs versprochen, dass die Lebensumstände von jedem Einzelnen, mit Rücksicht auf die lokalen Bedingungen detailliert untersucht werden müssen, und sie in die Beurteilung der Tat miteinfließen würden. Nur so könne ein „gerechtes" Urteil gefällt werden. Im Vertrauen auf diese „Gerechtigkeit" erzählten die Angeklagten ihre Geschichten von Hunger, Gewalt, Krieg und Zerstörung, dem Verlust der Eltern, Geschwister und dem der eigenen Kinder.
Schon in dieser Zeit begannen verschiedener Menschen die Jungen in der Jugendstrafvollzugsanstalt (JVA) Hahnöfersand und einige der Erwachsenen in der U-Haft Holstenglacis zu besuchen. Während der Prozess seinen Gang läuft, berichten die Gefangenen von starken Kopfschmerzen, Schlafstörungen und psychischen Problemen. Ihre größte Sorge gilt ihren Familien die ihren Vater, ihren Bruder oder ihren Sohn verloren haben.

Dieser Prozess ist eine rechtsstaatliche Farce, da alle Anträge der Rechtsanwälte der Angeklagten abgelehnt wurden. Sei es die zweifelhafte Entscheidung bei der Altersfeststellung, die absurde Begründung der „Fluchtgefahr", die bestünde, wenn das Gericht die Jugendlichen – wie es bei einem deutschen Jugendlichen längst üblich gewesen wäre – in eine betreute Jugendwohnung unterbingen würde oder diverse Anträge auf Hinzuziehung eines somalischen Zeugen oder eines ethnologischen, dermatologischen und psychiatrischen Sachverständigen: Das Gericht war sich nicht zu fein alle Anträge mit den abwegigsten Begründungen („Dieser Beweisantrag wird wegen Bedeutungslosigkeit zurückgewiesen") abzulehnen. Schnell wird deutlich, dass mit diesem Prozess ein Exempel statuiert werden soll. Nicht um die zehn somalischen „Piraten" geht es hier, sondern um den Schutz der europäischen Handelsflotten und um die Vertuschung des illegalen Fischfangs und der unrechtmäßig en Giftmüllverklappung vor den Küsten Somalias. Wer den Prozess seit längerem verfolgt, ist immer wieder geschockt von der ignoranten und selbstgerechten Art, die das Gericht an den Tag legt. Das dem Gericht hier der politische Wille zur Machtdemonstration eines europäischen Staates und die öffentliche Rechtfertigung der Militärmission „Atalanta" im Nacken sitzt, wird immer wieder deutlich.
Die Besucher_innen, die regelmäßig Kontakt zu den somalischen Angeklagten haben, berichten von Schmerz, Angst und der völligen Hoffnungslosigkeit, die sich bei den Gefangenen breit macht, seit die Staatsanwaltschaft ihre Haftstrafenforderungen verlesen hat. Verunsichert fragte einer der Angeklagten im Gericht: "Herr Richter, ich verstehe nicht was Gerechtigkeit hier ist. Vertreten Sie nur Deutsche?" Hier wird die rassistische und (neo) kolonialistische Dimension des Prozesses deutlich.

DARUM: Bereitet Euch auf den Tag der Urteilsverkündung vor. Es ist nicht abzusehen, wann das sein wird, aber es kann nicht mehr lange dauern, da die Plädoyers der Rechtsanwält_innen bereits begonnen haben. Am Tag X wird es eine Kundgebung vor dem Strafjustizgebäude geben, auf der in vielfältiger Weise Protest geübt werden kann. Alle Ideen und Aktionen sind willkommen. Wir treten einer Kriminalisierung von Armut und Ausbeutung entgegen, denn die wahren Kriminellen sitzen hier nicht auf der Anklagebank! Es war erschreckend zu sehen, wie wenig dieser Prozess die Öffentlichkeit interessierte, deshalb rufen wir alle auf sich mit den Angeklagten und ihren Familien zu solidarisieren und Rassismus und Neokolonialismus entschieden entgegenzutreten!

Weitere Infos sowie die Prozesstermine und aktuelle Berichte findet ihr unter:
http://reclaim-the-seas.blogspot.com

22.04. 17 Uhr
Hafenrundfahrt
Piraten!?
Glorreiche
Halunken oder
Abgehängte dieser Welt?



Was hat die Piraterie mit dem internationalen Fischraub vor Somalias Küste zu tun? Wer benutzt Somalias Gewässer als Mülldeponie? Was hat es mit den Waffen auf der gekaperten „MS Faina" auf sich? Wer sind die jungen Männer aus Somalia? Und was bedeutet „Sicherheit" am Golf von Aden? Im Strafverfahren vor dem Landesgericht Hamburg geht es um Juristisches.
In Zusammenarbeit mit der Hamburger Gruppe kein mensch ist illegal beleuchtet unsere Hafenrundfahrt die politischen Hintergründe.

Aufstehen gegen Abschiebungen innerhalb Europas!

„Dublin II bedeutet, sie spielen Fußball mit uns, schießen uns von einem Land ins nächste, sie spielen mit uns und verschwenden unsere Zeit.“

Jugendlicher aus Afghanistan, vor der Abschiebung nach Ungarn durch halb Europa geflohen

Wir alle kennen Abschiebungen – aber dass ein Drittel aller Abschiebungen innerhalb der EU stattfindet, könnte Vielen eher neu sein. Fast dreitausend sogenannte „Dublin-Überstellungen“ waren es im vergangenen Jahr aus Deutschland. Grundlage dafür ist die sogenannte Dublin II-Verordnung. Anders als der Name glauben macht, werden die Betroffenen jedoch nicht nach Dublin, sondern zumeist nach Rom, Mailand, Budapest oder Malta verfrachtet.

Dublin II

Die Dublin II-Verordnung regelt, welches europäische Land für die Bearbeitung eines Asylantrages zuständig ist. Sie folgt dabei mit wenigen Ausnahmen dem Verursacherprinzip. Das Land, welches die Einreise des Asylsuchenden „verursacht“ hat, weil seine Botschaft ein Visum ausgestellt hat oder weil es an der Grenze nicht ordentlich aufgepasst hat, soll für die Prüfung des Asylantrags zuständig sein. Stellt der Flüchtling einen Asylantrag in einem anderen Land und wird dies etwa anhand eines Eintrags in der europäischen Fingerabdruck-Datenbank EuroDAC festgestellt, so erfolgt die Abschiebung in den „zuständigen“ Staat. Die europäischen Zentralstaaten (an ihrer Spitze Deutschland und Frankreich) haben sich damit ihrer Verantwortung für Flüchtlinge auf Kosten der Staaten, die an den europäischen Außengrenzen liegen, entledigt.

Viele Betroffene wehren sich verzweifelt – und auch wir wollen am 30. März an Flughäfen dagegen aufstehen! Denn durch die Dublin II-Verordnung sind Flüchtlinge sogar vor Beginn ihres eigentlichen Asylverfahrens von Abschiebung bedroht. Viele irren jahrelang durch Europa, auf der Suche nach Schutz und auf der Flucht: nicht nur vor den Zuständen in ihrem Herkunftsland, sondern nun auch beispielsweise vor der Haft unter menschenunwürdigen Umständen in Ungarn, vor Obdachlosigkeit und Hunger in Italien, vor völliger Perspektivlosigkeit in Malta oder der Angst vor Rückschiebung in einen Verfolgerstaat von Polen aus.

“Wenn du wissen willst, was Ungarn für Flüchtlinge bedeutet, dann musst du versuchen zu verstehen, was es heißt, sechs Monate in einem Gefängnis zu leben, das nur mit Tramadol [Beruhigungsmittel] zu ertragen ist. Ungarn ist das einzige mir bekannte europäische Land, das Menschen in Hochsicherheitsgefängnisse sperrt, nur weil sie einen Asylantrag gestellt haben. Dabei hat Ungarn die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet.“

Flüchtling aus dem Iran, in einem Abschiebelager in Ungarn

2011 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass die Flüchtlingssituation in Griechenland einen Bruch der Menschenrechte darstellt. Nahezu alle europäischen Länder mussten daraufhin Rückschiebungen dorthin aussetzen. In Italien ist die Situation nicht besser: viele Flüchtlinge leben zum Beispiel in Plastikplanen-Behausungen neben den Bahnhöfen von Rom, Ostiense oder Ponte Mammolo.

Die „Überstellungen“ nach Malta sind zwar weniger, die Perspektivlosigkeit ist jedoch ähnlich gravierend. Es ist daher kein Zufall, dass es im vergangenen Jahr vor allem Abschiebungen nach Malta waren, bei denen sich die betroffenen Flüchtlinge aus Somalia, unterstützt von AktivistInnen vor Ort, zur Wehr setzten.

Tschetschenische Flüchtlinge erleben geschlossene Lager in Polen als Gefängnisse, wo zudem Essen und insbesondere die medizinische Versorgung völlig unzureichend sind. Darüber hinaus ist die Gefahr der Abschiebung in den Verfolgerstaat Russland der Hauptgrund für die Weiterflucht in andere europäische Staaten.

„In Polen wurde mein Asylantrag zweimal abgelehnt. Dabei bin ich in Tschetschenien mehrmals inhaftiert und gefoltert geworden und ich habe auch Nachweise von der Menschenrechtsorganisation emorial/Moskau, dass ich und meine Familie bedroht werden. Aber Polen schiebt in die Russische Föderation ab. Wenn ich in Deutschland nicht bleiben kann werde ich weiterreisen.“

Flüchtling aus Tschetschenien, in Berlin von Kettenabschiebung über Polen bedroht

Gemeinsam aufstehen!

Widerstand gegen die innereuropäischen Abschiebungen lohnt sich, ganz praktisch gesehen. Denn die Dublin II-Verordnung hat eine Besonderheit: es gibt eine Überstellungsfrist (in der Regel von 6 Monaten), innerhalb derer Deutschland die Abschiebung vollzogen haben muss. Gelingt dies nicht, dann muss der Asylantrag in Deutschland geprüft werden.

Wir rufen auf, Flüchtlinge, die sich couragiert für ihre Rechte einsetzen, zu unterstützen! Setzt mit uns am 30. März ein Zeichen: Aufstehen gegen innereuropäische Abschiebungen! Das meinen wir ganz praktisch und fordern zu Zivilcourage auf: organisiert Kirchenasyl, um die Überstellungsfrist von 6 Monaten zu überbrücken. Haltet in Fliegern nach Rom, Mailand, Budapest oder Malta die Augen offen, ob sich möglicherweise unfreiwillige Passagiere im Flieger befinden. Und wenn eine/r aufsteht – stellt Euch solidarisch daneben!

Wir wollen diese Einladung annehmen. Aufstehen gegen innereuropäische Abschiebungen ist ein erster Schritt. Eine der Stationen dieser gemeinsamen Reise wird der 30. März 2012 sein. Parallel an den Flughäfen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München werden Proteste gegen Abschiebungen innerhalb Europas stattfinden.

Vom 13.-22.Juli 2012 wird dann in Köln ein antirassistisches Aktionscamp stattfinden und am 21. Juli eine große Demonstration am Flughafen Düsseldorf.

Stop deportation!

Abschiebungen stoppen!

Für ein anderes Europa,

das Willkommen heißt.

Am Freitag, 30.März 2012 in:

+++ Berlin (Tegel) um 17 Uhr +++ Düsseldorf um 17 Uhr +++Frankfurt am Main (Flughafenterminal 1) um 17 Uhr +++ Hamburg (Flughafenterminal 1) um 18 Uhr +++ München um 17 Uhr +++

Web: http://dublin2.info/

Kontakt: kampagne@dublin2.info

Drei Tage der Wut in Griechenland -
Eine kurze Zusammenfassung der Protestmobilisierungen

Der 11. Februar – zweiter Tag des landesweiten Generalstreiks- begann mit der Besetzung etlicher öffentlicher und Regierungsgebäude, z. B. Rathäusern. Die Gebäude wurden von Leuten besetzt, die zur sofortigen Rücknahme des neuen Bailouts aufrufen. Es existieren Stimmen, die bisher nicht gehört wurden. Innerhalb und außerhalb der Gefängnismauern ganz Griechenlands rufen sie dazu auf, die demokratische Junta komplett zu zerstören, bis hin zur sozialen Revolution.

Seit drei Tagen besetzen Anarchist_innen/Antiautoritäre und andere Unterstützer_innen die Juristische Fakultät im Zentrum Athens. Angestellte der psychiatrischen -und der Sondereinrichtungen des Gesundheitswesens besetzten das Gesundheitsministerium. Diese Angestellten verteidigen nicht nur ihre eigenen Arbeitsrechte, sie verteidigen auch das Existenzrecht zehntausender psychiatrischer Patient_innen und deren Umgangsrecht mit uns. Sie führen einen kollektiven Kampf gegen die Kürzungsmaßnahmen, die ihren Patient_innen jegliche Überlebensgrundlage entziehen. Diese Menschen bewegen sich permanent auf dem schmalen Grat zum Ausschluss, da die kapitalistische Welt sie als "nutzlos", "unproduktiv" und "problematisch" betrachtet. Trotzdem die Forderungen, die die Streikenden bisher stellen nicht radikal sind, verdient ihre Besetzung des Gesundheitsministeriums unsere vollste Solidarität, denn allen voran schafften sie es, die nackte Realität des institutionalisierten sozialen Kannibalismus in diesem Land und über seine Grenzen hinweg, offenzulegen.

Um 11 Uhr (MEZ) war die besetzte Juristische Fakultät von einem Großaufgebot an Polizeieinheiten (Polizeimannschaften und Zivibullen) umstellt. Die Bullen durchsuchten sogar die Taschen der Leute, die versuchten in das besetzte Gebäude zu gelangen. Am Morgen befanden sich 40 Kolleg@s in dem Gebäude. Drinnen sendete die freie Radiostation 98 FM aus einem privaten Piratenstudio, das gestern dort eingerichtet wurde (Kontaktnummer:+30 210 3688703). Die Demo startete von der Propylaea in der Paneptistimiou Straße. Zur selben Zeit funktionierte weder die Webseite athens.indymedia.org, noch die Webseite der freien Radiostation aus Thessaloniki 1431am.org. Für Infos stand aber allen der Chatroom#athens im chat.koumbit.net offen.
Die freie Radiostation von Mytilini spiegelte die Updates aus der 98 FM Radiosendung. Die U-Bahnstation Omonia blieb geöffnet und so machte sich eine (eher benommene) Menge in Richtung Syntagma Platz auf. Gegen 12 Uhr (MEZ) erreichten alle Demoblöcke den Syntagma Platz. Gemessen am Ernst der Lage war das Ergebnis nicht das erwartete. Die Stalinist_innen der PAME verschwanden in der Filellinon Straße, während die Polizeimannschaften vor dem Denkmal des unbekannten Soldaten und dem Parlament standen.
Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich insgesamt 600 Antifas der Mittagsdemo gegen Wehrpflicht und gesetzlich vorgeschriebenen Militärdienst an, die im Thissio-Bereich startete und auf dem Canningos Platz im Zentrum Athens endete.
Einer der Sprechchöre lautete:
NIEMALS UND NIRGENDWO MEHR SOLDATEN, FÜR DIE BOSSE ZIEHEN WIR NICHT IN DEN KRIEG!

In Thessaloniki demonstrierten fast 1.000 Menschen (hauptsächlich von Basisgewerkschaften) und zogen von Kamara zum Aristotelous Platz. Dort besetzten Demonstrant_innen das "Olympion"-Gebäude, ein historisches Kino im Stadtzentrum, um drinnen eine offene Versammlung abzuhalten und den Raum als Koordinationsbasis für den Kampf der nächsten Tage zu nutzen.
In Athen protestierten um 13.30 Uhr schätzungsweise 5.000 Menschen vor dem Parlament. Bevor die Demo endete wurden laut Berichten zwei Protestierende (wahrscheinlich ohne Personalausweis) außerhalb der Juristischen Fakultät festgenommen. Die Ermou Straße (eine der größten Einkaufsmeilen Athens) im unteren Abschnitt des Syntagma war trotz der Streikmobilisierungen mit potentiellen Käufer_innen, die allein von ihren Konsumgelüsten und Tourismusverlangen getrieben wurden, vollgestopt. Der letzte Demoblock zog sich aus der Propylaea in der Panepistimiou Straße zurück und der Straßenverkehr kehrte schnell wieder zur Normalität zurück.
Der anarchistische Block zog bald in die besetzte Juristische Fakultät. Einige blieben noch eine Weile vor dem Denkmal des unbekannten Soldaten, wo sie den Polizeimannschaften direkt gegenüberstanden, die dort aufgereiht waren, um ihre Bosse zu beschützen.
Sobald athens.indymedia.org wieder erreichbar war, kamen die Nachrichten aus Mytilini (Insel Lesvos). Dort protestierten fast 200 Menschen in einer stillen Demo. In einer Stadt, in der alle Läden geöffnet hatten (und die gleiche Streikbrecherpraxis spielte sich in auch in anderen Städten ab), verteilten die Kolleg@s Texte, um den Klassenkampf zuzuspitzen.

In Patras leerten rund 30 Anarchist_innen die Regale eines Supermarktes und verteilten die enteigneten Produkte unter den Menschen, die sich in der Nähe eines Open-Air-Marktes aufhielten. Später, während einer Demo, an der circa 1.000 Menschen teilnahmen, wurden in mehren Banken Geldautomaten und Überwachungskameras geschrottet. Eine Pfandleihe wurde mit Steinen angegriffen, die Scheiben einer Filiale der ZARA-Modekette wurden eingeworfen. Am vorigen Tag, 10. Februar, wurden zwei Goldaufkaufsläden (Pfandhäuser) in der Korinthou Straße und am Olgas Platz angegriffen. Die Bullen warfen Tränengas in die Menge, doch den Protestierenden gelang es, sich wieder auf dem Georgiou Platz zu versammeln. Die Demo erreichte die besetzte Präfektur und endete wieder auf dem selben Platz. Der anarchistische Block lief weiter, bis er sich vor der besetzten Parartima auflöste.

Zur späteren Stunde, gegen 19.45 Uhr fand eine offene Versammlung in der besetzten Juristischen Fakultät statt. Die Besetzer_innen hielten alle Unterstützer_innen dazu an, sich ihren Besetzungsaktivitäten, die als Basis zur Ausweitung und Koordination des Widerstands fungieren, anzuschließen.

In Ilion, Nord-West Athen, nahmen 150 Menschen an einem lokalen Protest teil. Während der Demo wurden Parolen an die Fassaden mehrerer Banken, des Rathauses und den Lokalbüros der beiden dominierenden parlamentarischen Parteien PASOK und Nea Dimokratia, geschrieben. Auf der Insel Naxos trafen sich 30 Mitglieder der autonomen Versammlung am Hafen der Stadt Naxos und verteilten Texte, die von der Bevölkerungsrevolte handeln.
Es gab örtliche Demos in verschiedenen Bezirken (vor allem in Attika), die zu den Protesten gegen das Regime am Sonntag in griechischen Städten mobilisierten, sowie etliche Supermarkt-Enteignungen. Zu den bedeutendsten direkten Aktionen des Tages

kam es in Livadia, wo militante Antifaschist_innen eine geschlossene Versammlung der ultrarechten Partei LA.OS. unterbrachen und in Heraklion (Insel Kreta), wo Anarchist_innen/Antiautoritäre am Vormittag das örtliche Studio des Mainstreamsenders KretaTV besetzten. Sie unterbrachen die Nachrichtensendung und verbreiteten stattdessen einen Aufruf zum Generalstreik, auf dem Bildschirm stand: "Kapitalismus oder Revolution". Im Anschluss an diese Aktion zogen sie vor das Alikarnassos Gefängnis. Dort verweilten die Kolleg@s etwa eine halbe Stunde und riefen Soliparolen für die Gefangenen des Kampfes.

Zu den Zahlen der Menschen, die sich am 13.2. auf den Straßen und Plätzen des Landes zusammenfanden gibt es unterschiedliche Schätzungen. In Athen gingen mehr als 500.000 Menschen auf die Straße, obwohl eine Schätzung sehr schwierig ist. Allerdings waren, bevor die Polizei angriff, alle Straßen, die zum Syntagma führen und der Platz selbst voll und mehrere tausend kamen noch zu Fuß aus den Nachbarbezirken oder mit Bussen und Zügen hinzu. Eine halbe Stunde bevor die Demo startete waren die U-Bahnhöfe und Bushaltestellen voll mit Menschen, die darauf warteten in ein Fahrzeug zu gelangen, das sie ins Zentrum bringen würde.

In fast allen Städten gab es Kundgebungen und Massendemos. In Heraklion auf Kreta, einer Stadt, die den traurigen Rekord der jüngst ausgebrochenen Selbstmordwelle hält, gingen allein 30.000 Menschen auf die Straße. Landesweit schlugen die Demonstrationen in Gewalt um, Menschen zerstörten Banken oder besetzten Regierungsgebäude, z. B. in Volos wo die Eurobank niedergebrannt und das Rathaus (wahrscheinlich von parastaatlichen Verbrechern) angezündet wurde. Auf Korfu griffen Menschen die Büros der regionalen Abgeordneten an und verwüsteten sie. Das Rathaus von Rhodes wurde während der Demo besetzt und ist es immer noch. Das sind ein paar solcher Aktionen.
Am frühen Nachmittag, als die Besetzer_innen der Juristischen Fakultät vom besetzten Gebäude zum Syntagma demonstrieren wollten, griff die Polizei sie an und zersprengte ihren Block. In der Nacht versuchten die Bullen mehrere Male die Juristische Fakultät zu stürmen und benutzten sogar Gummigeschosse.

Noch lange bevor der überwiegende Teil der Demonstrant_innen, die sich noch auf ihrem Weg befanden, ankam, griff die Polizei die Menschenmenge auf dem Syntagma Platz mit einem Großaufgebot an. Sie setzten körperliche Gewalt, chemische Gase und Schockgranaten ein. Nach dem Angriff konzentrierte sich ein großer Teil der Demonstration in der Amalias, Fillelinon, Ermou, Mitropoleos und Karageorgi Straße. Mehr als fünf Stunden lieferten sich die Menschen Strassenschlachten mit der Polizei, mit dem Ziel wieder auf den Syntagma Platz zurück zukehren. Weitere Menschen errichteten große Barrikaden quer über den Korai Platz, der Stadiou und der Panepistimiou Straße. Sie versuchten sich zum Syntagma durchzukämpfen oder sich vor den Polizeiangriffen zu schützen. In der Paneptisitmiou Straße konzentrierten sich viele Polizeikräfte auf die Barrikaden vor der Athener Universität. Es kam zu Kopf-an-Kopf Zusammenstößen zwischen ihnen und den Menschen, die ihre Barrikade vor den Propyläen verteidigten.
DELTA- und andere Einheiten der Motorradpolizei stürmten mehrmals und vorwiegend in der Mitropoleos Straße in die Menge; die MAT-Bereitschaftspolizei tat das auch mehrmals, aber die Dinge liefen auch anders herum. Abgesehen von den Barrikaden und den größeren Gruppieren der Leute, zerstreuten sich die Demonstrant_innen in etliche Kleingruppen, die sich Auseinandersetzungen mit Kleingruppen der Polizei lieferten oder liefen herum auf der Suche nach einer Barrikade oder größeren Gruppen, der sie sich anschließen konnten.
Die Mehrheit der Parlamentarier_innen (199) stimmten nach Mitternacht für die neuen Kürzungsmaßnahmen, die (neben anderen Maßnahmen) eine 22%-ige Kürzung der Gehälter und die Kürzung des Mindestlohns auf etwas über 400 Euro im Monat, beinhaltet und das alles, während sich die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der letzten 16 Monaten verdoppelt hat (auf über 20 % seit November 2011).
Im Laufe des Tages wurden 77 Demonstrant_innen festgenommen und mehr als 50 Menschen, die von der Polizei verletzt wurden, mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die Leute, die am Freitag, 10. Februar, festgenommen wurden, wurden alle gegen Kaution entlassen (weitere Infos werden, wenn vorhanden, folgen).

Demonstrant_innen griffen in der Nacht mehrere Banken, Regierungsgebäude und zwei Polizeiwachen (Akropolis- und Exarchia-Wache) an. Gleichzeitig wurde das Athener Rathaus besetzt aber kurz darauf von konzentrierten Polizeikräften, die die Besetzer_innen festnahmen, gestürmt. Plünderungen und Zerstörung von Eigentum waren Teil der Wut. Mehr als 40 Gebäude gingen in Athen in Flammen auf, während öffentliche Gebäude überall in Griechenland immer noch besetzt gehalten werden. Die Besetzer_innen der Juristischen Fakultät verfassten eine Erklärung, in der sie alle Menschen dazu aufriefen auf die Straße zu kommen und weiterzukämpfen. Trotzdem endete die Besetzung in den frühen Morgenstunden des 13. Februars.

Text der Besetzer_innen der Juristischen Fakultät

Nach so vielen Jahren des Schweigens…
Kannst du dich überhaupt noch ans Schreien erinnern?
Lasst uns etwas klarstellen: Nach unserem Feind suchen wir weder im Gesicht Papademos, noch in der BRD, der IWF, den Imperialist_innen oder den Bankiers. Keine Regierung wird jemals fähig sein uns zu repräsentieren, denn wir streben den Kollaps aller Autorität an. Für uns schließt Autorität nicht nur Staat und Kapital ein sondern beinhaltet auch die Herrschaftsstrukturen (Schule, Familie, Vaterland, Religion, Geschlecht), die der Alltag und die zwischenmenschlich-sozialen Beziehungen produzieren, ob erzwungen oder freiwillig, institutionell oder nicht staatlich.
Autoritäre jeglicher Couleur sollten wissen, dass unsere Wünsche nicht an den Grenzen enden werden, die die dominante Ideologie der Miesmacherei und des Kompromisses aufgestellt hat. Die Sackgasse der Kämpfe der Anspruchsstellenden, die danach streben, die Lebensbedingungen innerhalb der Institutionen zu verbessern, führt objektiv zu einem Kreislauf aufständischer Prozesse. Für uns, die es sich nicht wünschen, an unsere Arbeitsplätze und zur Routine zurückzukehren sondern das Eigentum und die hierarchischen Beziehungen der Produktion zu zerstören, gibt es nur einen Weg: sich auf der Straße zu treffen, in wilden Streiks und selbstorganisierten besetzten Räumen.
Lasst uns den Aufstand entfachen, anstatt die Zeit des Systems zu verlängern.
Mit besetzten Räumen, Sabotage, Angriffen, Enteignungen, kontinuierlicher Solidarität mit allen, die sich widersetzen, mit politischen Gefangenen, Immigrant_innen, sowie antifaschistischen Aktionen…

Besetzer_innen der
Juristischen Fakultät
11. Februar 2012

Quelle: Contra Info

Neue Erkenntnisse zum Tod von Benno Ohnesorg

Vor bald 45 Jahren wurde Benno Ohnesorg anlässlich einer Demonstration gegen den Schah aus Persien am 2. Juni 1967 erschossen. Der Polizist, der die tödlichen Schüsse auf Benno abfeuerte, hieß Kurras.
Der Berliner Senat und die Springerpresse rechtfertigten ebenso wie die damalige Bundesregierung diese Tat.
Logisch und konsequent ist aus herrschender Sicht, dass der Polizist Kurras wegen der Erschießung Benno Ohnesorgs freigesprochen wurde.

Jetzt schrieb „Der Spiegel" vom 4/2012 , dass „...die Polizei offenbar gezielt Benno erschoss, den Schützen Karl-Heinz Kurras deckte, sogar die Leiche des Opfers wurde manipuliert."
Gezielt erschossen, heißt „dass Kurras den Schuss offensichtlich unbedrängt aus nächster Nähe und umgeben von mehreren Polizisten abgegeben hat." Bei dieser Exekution war auch sein damaliger Einsatzleiter anwesend.

„Auf einer bislang unbekannten Filmsequenz,... ", sieht man Kurras „...mit ruhigen Schritten in Richtung Ohnesorg gehen, während sich in seiner Hand ein pistolenförmiger Gegenstand abzeichnet..."
Der am Ort des Geschehens im Innenhof eines Hauses der Berliner Krumme Straße verantwortliche Einsatzleiter, der Staatsschutzbeamte Helmut Starke, hatte als Kurras' Vorgesetzter erklärt, er habe den Schützen erst erheblich später gesehen. Nun zeigen Fotos den leitenden Beamten der Berliner Polizei wenige Meter von der Stelle entfernt, an der Kurras aus kurzer Distanz den Schuss abgefeuert hat. Damals wurden diese Aufnahmen und Akten bewusst von den Herrschenden unterschlagen
„Auf einem weiteren bislang unbekannten Bild ist die Situation der Schussabgabe zu sehen. Dabei stützt sich Kurras mit der linken Hand auf einen Kollegen der Polizei, während er mit der rechten Hand schießt. Der Name des Kollegen ist offenbar gezielt aus den Akten herausgehalten worden, er wurde nie vernommen Ebenfalls nicht vernommen wurden drei Schutzpolizisten, die wahrscheinlich noch nach dem tödlichen Treffer auf den bereits am Boden liegenden Ohnesorg eingeprügelt hatten. Ihre Namen sind bis heute nicht ermittelt." (alle Zitate aus dem Spiegel) Bennos Leiche wurde manipuliert

Im Krankenhaus Moabit entfernten Ärzte Schädelteile um das Einschussloch herum und nähten die Kopfhaut wieder zu. Im Totenschein ist als Todesursache angegeben: "Schädelverletzung durch stumpfe Gewalteinwirkung." Dies, so sagte jetzt der damals diensthabende Arzt Homayoun T., der der Sohn des damaligen iranischen Wirtschaftsministers war und der den Totenschein ausstellte, habe er "...nicht aufgrund eigener Feststellungen, sondern auf Anweisung meines damaligen Chefs gemacht."(ebenda)

Selbst der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele von den Grünen sieht einen hinreichenden Verdacht, dass es sich bei der Erschießung von Benno Ohnesorg um eine vorsätzliche Tat mit Tötungsabsicht gehandelt habe".

Rolf Heißler, schilderte Anfang der neunziger Jahre, zu dieser Zeit Jahre inhaftiert insgesamt über 20 Jahre, die Erschießung von Benno so:
„ ...mein leben beginnt eigentlich erst am 2.6.67... ich lief unter diesen roten fahnen mit, vermutlich aus empörung über das erste bewusst wahrgenommene staatsverbrechen und dessen rechtfertigungsversuche. am 2. 6. waren in westberlin die demonstranten gegen den schahbesuch — der schah, verantwortlich für folter und mord an zehntausenden im iran — von polizei und savak-agenten brutalst auseinandergetrieben worden. benno ohnesorg wollte sich in sicheiheit bringen und war auf der flucht in einem hinterhof erschossen worden, obwohl er niemanden bedroht und gar angegriffen hatte."

„seine ermordung war damals für mich der grund, mich mit diesem staat und meinem oberflächlichen heile—welt—bild zu beschäftigen.... ich lernte erstmals die geschichte und die welt mit den augen der ausgebeuteten und unterdrückten kennen, in der schule oder zu hause war das total ausgeblendet gewesen, der deutsche imperialismus, der nazismus, die situation in den drei kontinenten, kolonialismus, kapitalismus, sozialismus, kommunismus, anarchismus, befreiungskriege, die brd als nachfolgestaat des „tausendenjährigen reiches" immer auf der falschen seite. vietnam, die palästinenserinnen trugen den krieg in den metropolen, che, fidel, die tupamaros, die black panther, die befreiungsbewegungen,.... eine totale aulbruchsstituation und —stimmung. du hast gefühlt und gesehen, es sind überall menschen wie wir, die es jetzt selber in die hand nehmen, daß alles anders wird, ich habe damals selbst gar keine vorstellung gehabt, wie, aber ich war ganz sicher, dass wir es können und rauskriegen werden, wenn wir immer nur weiter suchen." (Rolf)

Ausblick
Wir meinen, wir können die Erschießung von Benno auch als gezielte Hinrichtung und Mord bezeichnen.

Auch in den Prozessen um die Hintergründe des Todes von Oury, der gefesselt auf einer Matraze liegend angeblich in einer Polizeizelle 2005 sich selbst anzündete, wird die Wahrheit unterdrückt und manipuliert. Als Demonstrantinnen deshalb folgerichtig am 7. Todestag in Dessau riefen „Oury Jalloh — das war Mord " wurden sie von der Polizei angegriffen und teilweise krankenhausreif geschlagen.

Selbst die TAZ, die sonst alles bekämpft, was links von den Grünen steht, zieht Parallelen zur Erschießung von Wolfgang Grams. Wolfgang wurde am 27. 6. 93 in Bad Kleinen bei seiner Festnahme erschossen. "Die Leiche von Grams wurde manipuliert, Tatortspuren verschwanden,...Der Verdacht, Grams könnte regelrecht exekutiert worden sein, wurde trotzdem entsorgt....Angesichts der jetzt aufgedeckten Vorfälle um den Tod Ohnesorgs möchte man ....raten, sich nicht so sehr festzulegen" (TAZ, 27. 1. 12)

Weil wir die staatlich verordnete Selbstmordthese anlässlich der Stammheimer Todesnacht vom 18. Oktober 1977 hinterfragten, hatte unsere Zeitschrift diverse Verfahren.

Da es bekanntlich noch viele weitere ungeklärte Todesfälle gibt, heißt die Devise weiter wachsam zu bleiben, den Lügen der Herrschenden nicht zu glauben und nicht locker lassen, wie Rolf schrieb „weiter zu suchen", bis alles aufgeklärt ist.

Redaktion des
„Gefangenen Info"

War starts here – let's stop it here!

Wir sind ein autonomer Zusammenhang aus Hamburg, der sich zum Ziel gesetzt hat, in den nächsten Ausgaben der ZECK regelmäßig einige Seiten zu antimilitaristischen Themen zu gestalten. Zum Einstig haben wir einen Text aus der Oldenburger Alhambra-Zeitung geklaut, der sich mit der Umstrukturierung der Bundeswehr befasst und etwas für die Hamburger Besonderheit umgeschrieben. Inhaltlich beziehen wir uns auf die europaweite Kampagne „War starts here“, die zum Markieren, Blockieren und Sabotieren der kriegerischen Normalität aufruft.

Bundeswehr im Wandel

Die wohl umfassendste Umstrukturierung der Bundeswehr ist mit der Neuverteilung der Bundeswehreinheiten und der Auflösung von etwa einem Drittel aller Bundeswehrstandorte in Deutschland in die Endphase eingetreten.
Seinen Beginn hatte die Neuausrichtung der Bundeswehr mit dem Zerfall des Ostblocks 1990 und der Auflösung des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991. Aber anstatt sich ebenfalls aufzulösen, weil der große Gegenspieler abdankte, verabschiedete die NATO schon am 8.11. desselben Jahres ein Grundsatzpapier, um das Militärbündnis neu auszurichten. Schon damals wurde sofort festgeschrieben, dass zukünftig so genannte „out of area“, also Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes, möglich sein sollten und das alle Mitgliedsstaaten so genannte „Sofort- und Schnellreaktionskräfte“ aufbauen sollten. Dies galt natürlich auch für Deutschland, das im Grundgesetz zwar festgeschrieben hatte, dass es lediglich eine Armee zur Landesverteidigung aufstellen darf, dies wurde aber in kürzester Zeit politisch umgedeutet. Grund hierfür war der Gedanke, dass das wiedervereinigte Deutschland auch international wieder eine „angemessene“ Rolle spielen sollte.
Im Klartext also nichts anderes als ein wiedererstarktes Großmachtstreben des deutschen Staates in der Welt. Die deutsche Regierung stand dabei sozusagen „Gewehr bei Fuß“ und verabschiedete durch Volker Rühe, den damaligen Verteidigungsminister, schon im Januar 1992 den Aufbau von „Krisenreaktionskräften“ (KRK). Rühes Nachfolger Stoltenberg formulierte im November mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) die Aufgaben der „neuen“ Bundeswehr wie folgt: Die BW müsse u.a. „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ sichern. Was nichts anderes heißt, als dass die BW umstrukturiert wird, um deutsche Wirtschaftsinteressen in aller Welt zu schützen. In den VPR wird weiterhin beschrieben, dass das Ansehen und der „politische Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden“ vom militärischen Engagement Deutschlands abhängen. Der politische Machtanspruch Deutschlands wird hier also ganz klar über militärische Einsätze definiert. In den folgenden Jahren wurden innerhalb der BW massive Veränderungen vorgenommen. Da die Bundeswehr als Verteidigungsarmee bis dahin auf eine Konfrontation mit den Streitkräften des Warschauer Paktes ausgerichtet war, mussten in allen Truppenteilen Anpassungen vorgenommen werden, um eine von nun an auf Kriege außerhalb des eigenen Territoriums ausgerichtete Armee zu schaffen. Der Aufstellung und Ausrüstung der KRK wurde hierbei größte Priorität beigemessen. Bis 1999 wurde so eine Truppengröße von 50 000 Soldat_innen der KRK erreicht.

In den folgenden Jahren wurde diese Entwicklung zum Einen durch Diskurse verschärft, die in Sätzen wie dem von Volker Rühe mündeten, als er am 5.12.2002 sagte: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Zum Anderen wurde diese Entwicklung durch eine massive Vergabe von neuen Rüstungsprojekten für alle Teilstreitkräfte vorangetrieben.

Den meisten dürfte hierbei wohl am ehesten der Eurofighter und das neue Transportflugzeug A 400 M im Gedächtnis sein. Dies sind aber nur Hotspots von einer Vielzahl von Neuanschaffungen. Immer im Hinblick auf die schnelle Verlegbarkeit und die neue „Aufgabenstellung“, Kriege mittlerer Intensität und Besatzungsaufgaben erfüllen zu wollen, wurde hier sozusagen ein rüstungspolitisches Gesamtpaket geschnürt. Um etwas konkreter zu werden: Für das Heer wurden neue Artillerie, Schützenpanzer (Puma), die Transporthubschrauber NH90, der Kampfhubschrauber „Tiger“ und das Gruppentransportkraftfahrzeug (GTK) Boxer angeschafft. Diese Geräte sind alle so konstruiert, dass sie in den 60 neuen AIRBUS A 400 M problemlos in kürzester Zeit überall in die Welt verschickt werden können. Die ersten dieser neuen Flugzeuge sollen Ende 2012 ausgeliefert werden.

Darüber hinaus wurden neue Waffensysteme zur Unterstützung der Bodentruppen entwickelt und angeschafft. Vom neuen Raketenwerfer MEADS, der Bodentruppen vor Granat- und Raketenbeschuss schützen soll, über die erstmalige Anschaffung des neuartigen Marschflugkörpers „Taurus“, der auf große Distanz Ziele mit 500 kg schweren Gefechtsköpfen angreifen kann, bis hin zu hochmodernen U-Booten, die drei Wochen ohne aufzutauchen, durch ein neues Antriebssystem fast geräuschlos, die verbesserten Torpedos „Seehecht“ einsetzen können. Diese U-Boote wiederum schützen die neuen Fregatten und Korvetten, die in den nächsten Jahren ausgeliefert werden sollen (was sich zum Glück durch technische Pannen immer wieder verzögert). Diese sollen wiederum von See aus in der Lage sein, Bodentruppen an Land mit Marschflugkörpern und Raketen zu unterstützen. Was wir mit diesem zugegebenermaßen eher langweiligen technischen Details ausdrücken wollen, ist, dass die Bundeswehr ein sehr klares, umfassendes und aufeinander abgestimmtes Programm umsetzt, welches sie in naher Zukunft (und damit meinen wir eher in fünf als in zehn Jahren) dazu befähigt, noch mehr als heute schon, jederzeit Kriegseinsätze innerhalb weniger Tage überall auf dem Globus und auch über längere Zeiträume hinweg durchzuführen und dies auch vorhat. Dies sind keine Sandkastenspiele, sondern ganz reale Bedrohungen, die da auf uns bzw. wohl eher auf viele Menschen außerhalb Europas zukommen.

Diese Entwicklung steht natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern geht einher mit den Transformationen innerhalb des europäischen Militärs und der NATO. EU-Battlegroups, NATO QuickReactionForce u.a. sind da nur Schlaglichter. Neben den so genannten „Bündnisverpflichtungen“ verfolgt die deutsche Regierung seit Jahren aber natürlich auch eigene Interessen. Wirtschaftlich und geostrategisch engagiert sie sich sowohl im Nahen und Mittleren Osten als auch in Osteuropa und punktuell in Asien. Symptomatisch für die neue Außenpolitik, wie sie für die Zukunft gelten wird, ist weiterhin das Engagement in Ostafrika. Seit

Mitte der 90er wird hier vor allem die äthiopische Regierung politisch und militärisch massiv unterstützt. Sie soll als stellvertretende Ordnungsmacht in der Region quasi die „Drecksarbeit" übernehmen und wird durch das deutsche Militär mit Ausbildern und Waffen versorgt. Gleichzeitig forcierte Deutschland im Hintergrund die Separation des Südsudan und hat auch dort mehrere Militärberater stationiert. Reicht ein solches „Outsourcing" nicht mehr, wird ein „Stabilisierungseinsatz" verabschiedet. Mit welchen Begründungen dies geschehen kann, legte Verteidigungsminister de Maizière diesen Jahres in den neuen VPR dar: Die „Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit" sei hier oberste Prämisse. Was das im Einzelnen sein soll, wird hierbei bewusst sehr weit gefasst: „Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik." Mit anderen Worten, die Antwort auf einen Großteil aller Probleme, mit denen die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik perspektivisch konfrontiert sein wird, soll Krieg sein.



Und Hamburg?

Zeitgleich mit der Veröffentlichung der VPR Ende November veröffentlichte de Maizière die Pläne zur Umstrukturierung der Bundeswehrstandorte im Bundesgebiet. Diese soll sowohl einer Anpassungen der Truppe an die veränderten Aufgabenstellung als auch dem Wegfall der Wehrpflicht Rechnung tragen. Für Hamburg ändert sich laut Kommandeur Klaus Beyer, anlässlich des Neujahrsempfangs der Bundeswehr in Hamburg im CCH, nur wenig. 370 Stellen fallen weg, z.B. das Kreiswehrersatzamt und die Fachschule für Rettungswesen. Damit bleibt Hamburg einer der größten Standorte der mordenden Truppe in Deutschland. Rund 7000 Soldat_innen und sogenannte Zivilbedienstete, inklusive Student_innen und Lehrgangsteilnehmer_innen umfassen die Bundeswehrstandorte. Die Führungsakademie (höchste Ausbildungsstätte der BW mit ca. 2000 Teilnehmer_innen jährlich), das Bundeswehrkrankenhaus, die Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr, das Landeskommando Hamburg, die Marineschifffahrtsleitstelle, das Feldjägerbataillon 151 (Kotz!) sowie einige kleinere Dienststellen - sie alle leisten ihren Beitrag dafür, dass Kriegführen möglich ist. Der frühere Berufssoldat und jetzige Innensenator Michael Neumann lobte im Rahmen des Neujahrsempfang die „hochkarätigen Einrichtungen" der Bundeswehr und brachte das ganze auf die Parole: „Hamburg sagt ja zur Bundeswehr!".

Wir hingegen hoffen, dass es uns allen gelingen könnte, ein antimilitaristisches Klima in dieser Stadt zu etablieren und eine Politik und Praxis zu, die der herrschenden Realität gerecht wird. Ein klares: „Bundeswehr wegtreten!" ist uns allemal lieber.
Wir denken: Es lohnt sich für uns als radikale Linke, sich über Widersprüche in unserer antimilitaristischen Sichtweise bzw. Praxis zu streiten, szeneinterne Polarisierungen zu hinterfragen und unsere Bemühungen um eine antimilitaristische Gesellschaft zu bündeln.
Eine europaweite Kampagne wie „War starts here" könnte dabei ein guter Ausgangspunkt sein.
Wenn wir die Kriegsmaschinerie wirklich lahmlegen wollen, wenn das alles keine Floskel bleiben soll, wird es notwendig sein, antimilitaristische Politik neu zu bestimmen, indem wir Militarisierung und globalen Krieg gemeinsam, solidarisch und aus unterschiedlichen Kontexten heraus angreifen.

Markieren, Blockieren und Sabotieren.

Kampagne gegen die kriegerische Normalität

„So gewaltfrei wie möglich“

Die diesjährigen Auseinandersetzungen um den Castortransport waren die heftigsten seit langem. Und das zu einem Zeitpunkt, wo viele die Anti-Atom-Bewegung für ähnlich marginalisiert wie 2001 gehalten haben, als der erste „Ausstiegskonsens“ suggerieren sollte, dass sich nun nur noch sture Wendländer_innen und gesellschaftlich isolierte Krawalltourist_innen dem Atommüll-Transport in den Weg stellen. Trotz erneutem „Ausstiegskonsens“ konnte der Widerstand 2011 eine enorme Breite an Aktionen nebeneinander stellen und war so international und erfolgreich wie nie zuvor.



Die Kampagne „Castor Schottern“ ist 2011 mit dem Versuch eines erweiterten „zivilen Ungehorsams“ leider abermals an der Selbstbeschränkung der Mittel in Verbindung mit der starken Polizeipräsenz in der Göhrde gescheitert. Durch Besonnenheit der Aktivist_innen konnten zumindest massenhafte Verletzungen vermieden werden. Was also tun, wenn Handlungsspielräume bedingt durch ein ungünstiges Kräfteverhältnis beklemmend eng sind? Ist es möglich, die Autonomie des Widerstands auch im Falle angekündigter Sabotage trotz massiver Polizeipräsenz zu erhalten, ohne die eigenen Erfolgskriterien nachträglich zurecht zu rücken? Wir meinen: Ja!

Eine militante Mitmachaktion in der Göhrde westlich von Harlingen fand zeitgleich zu „Castor Schottern“ ähnliche Bedingungen vor: keine Lücke in der Polizeikette auf dem Gleis. Dennoch konnten sich rund 350 Leute mehr als 20 Minuten Freiraum verschaffen und diesen zum Verbiegen eines Schienenstrangs und zur Demontage eines Polizei-Beobachtungspunktes nutzen. Die anschließende Sitzblockade der Gruppe „Widersetzen“ am selben Ort verhinderte das Eintreffen des Schienenreparaturzuges. Die mehrstündige Reparatur der Gleise konnte erst nach Räumung der Sitzblockade am nächsten Morgen erfolgen.

Mut zur (fehlenden) Lücke

Das Rahmenkonzept „Ende im Gelände“ war darauf ausgerichtet, ohne zentrale Organisation und ohne festgelegtes „Aktionsbild“ einen Raum offener Assoziation zur Schienenblockade und -sabotage zu bieten. Das Angebot bestand in der Bereitstellung von Orientierungspunkten im Wald, an denen sich kleine und große Aktionsgruppen frei formieren und reformieren konnten. Das Fehlen einer zentralen Organisation war jedoch nicht gleichbedeutend mit allgemeiner Planlosigkeit. Im Gegenteil - der Plan einiger vorbereiteter Gruppen schien 2011 besser als die letzten Jahre zuvor aufgegangen zu sein. Wir tragen hier beispielhaft die Schilderungen einzelner zusammen, die am Samstag, dem 26. November um 11:20 Uhr an einer Großgruppen-Sabotage in der Nähe von Harlingen teilgenommen haben.

Ausgehend von zwei Punkten kommen in der Göhrde etwa 350 Leute zusammen, die bei Bahnkilometer 187,7 zwar keine Lücke an Polizeikräften vorfinden, aber durch beherztes und zügiges auf die Gleise Strömen (inklusive lautem und hellem Feuerwerks-TamTam) eine solche Lücke auf den Gleisen freimachen und verbreitern. Die Polizei zieht sich eilig zurück und fährt ihre Fahrzeuge weg. Zwei Angriffsversuche der später erheblich verstärkten Polizeikräfte können militant zurückgewiesen werden. Damit ergibt sich ein über 20-minütiger Spielraum für eine Gruppe von Leuten, die mit LKW-Wagenhebern (> 12t-Hubkraft) die Schiene auf einer Seite um 40 cm nach oben verbiegt. In dieser Zeit wird geschottert, und Schienenschuhe (massive Klammern, die für den Castor von der Polizei weggeflext werden müssen) werden gesetzt. Andere nutzen die von der Bundespolizei an diesem Beobachtungspunkt zurückgelassenen 80 Liter Benzin, um die aufgestellten Lichtmasten samt Generatoren dauerhaft unbrauchbar zu machen. Danach ziehen sich die Aktivist_innen zurück.

Dieses Beispiel zeigt, dass ein massentaugliches Mitmach-Konzept auch offen militant sein kann und sich nicht auf „berechenbaren zivilen Ungehorsam“ beschränken muss. Ein derart offensives Vorgehen, das Polizeieinheiten verscheucht und auf Abstand hält, war in diesem Fall sogar für alle! Beteiligten vorteilhaft, um verletzungsträchtige Knüppel- und Pfefferorgien zu vermeiden.

Unabgesprochenes Zusammenspiel

Gegen 14 Uhr ging die Gruppe Widersetzen mit mehren hundert Menschen vom Camp Hitzacker aus an die Schienen bei Harlingen. Ohne ernsthaft aufgehalten zu werden, erklommen sie aus verschiedenen Richtungen das Gleisbett und setzten sich auf die Schienen. Die Polizei versuchte den nachfolgenden Zustrom an Blockierer_innen zu behindern, ergab sich dann aber den Massen. Die beiden (zunächst voneinander getrennten) Sitzblockaden dehnten sich mit über 2500 Personen bis über die Stelle der vorherigen Schienensabotage aus. Wir freuen uns über die Gelassenheit der Sitzblockierer_innen, die sich unabhängig von der Vorgeschichte dort betten, wo es ihnen sinnvoll erscheint und im Radio davon berichten, dass sie auf einer Baustelle mit ungewöhnlich verformten Gleisen sitzen. Uns beflügelt das großartige Zusammenspiel militant verteidigter Sabotage und einer Sitzblockade, die bis zur Räumung am Sonntag-Morgen das Vorrücken des Schienenreparaturzuges verhindert hat.

Rückblickend waren es die Unkalkulierbarkeit unterschiedlicher Widerstandsaktivitäten und deren unberechenbares Zusammenspiel (zahlreiche Blockade- und Sabotage-aktionen am Rande oder inmitten von größeren Sitzblockaden), die Bahn- und Polizeidirektion zum (heiklen) Strategiewechsel gezwungen haben: in Maschen (Zwischenhalt im Güterbahnhof nähe Hamburg) mit dem Castorzug loszufahren, ohne die Bahnstrecke Lüneburg – Dannenberg wirklich frei zu haben. Es war eine Kapitulation und ein eingestandener Kontrollverlust der Polizei, sich jeden Kilometer



einzeln vorzuwagen, trotz erheblichem Sicherheitsrisiko eines auf freier Strecke stehenden Zuges.

Die Wahl der Mittel
Die bäuerliche Notgemeinschaft distanzierte sich dieses Jahr (seit langem zum ersten Mal) von gewalttätigen Übergriffen auf die Polizei. In einer Pressemitteilung vom 29.11.2011 (die mittlerweile vom Netz genommen wurde) erklärte sie, „Die Bäuerliche Notgemeinschaft distanziert sich von gewalttätigen Angriffen auf Polizist/innen. Aus Sicht der Notgemeinschaft handelt es sich um eine sehr kleine Minderheit, die derart militant vorgeht. Die weitaus größte Zahl der Demonstrant/innen bei diesem Castortransport hat hat freidlich und gewaltfrei demonstriert. (...)"

Andere kritisierten im wendländischen Radio ZuSa:
„Die Wichtigkeit und die Richtigkeit des Ziels stehen außer Frage: Atommüll ist hoch gefährlich und gehört nicht an einen Ort wie Gorleben. Darüber müssen wir nicht mehr reden. Die Art aber, wie manche Atomkraftgegner ihrem Ärger darüber Luft machen, hat nichts mehr mit dem vielzitierten „kreativen Widerstand" zu tun. Molotow-Cocktails, Steine, angesägte Bäume, Krähenfüße und aufgespannte Metallketten zum Stoppen von Einsatzfahrzeugen. Das können nicht mal mehr Grüne und die Linke als Protest „in bester Tradition des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen Staatswillkür" bezeichnen. Hier sind keine friedlichen Demonstranten mehr zugange, sondern ein Haufen Hooligans, die gerne mal Krieg spielen wollen."

Wenn Militanz zum Militarismus (Fetischisierung von Zerstörung und Gewalt) verkommt, sind wir unter den lautstärksten Kritiker_innen. Diese Tendenz sehen wir jedoch weder bei der oben beschriebenen militant verteidigten Schienensabotage am Samstag noch bei den uns bekannten militanten Aktionen im Rahmen der Rally Monte Göhrde am Freitag. Wir wissen, dass sich bei der Symbolik und der befürchteten Unkontrollierbarkeit von gelegtem Feuer die Geister scheiden, aber wir bewerten das in Brand setzen einer mobilen Funkstation der Polizei nicht als „Krieg spielen" sondern als gezieltes (Zer-)Stören der Polizei-Infrastruktur, exakt wie in der Kampagne „Atomstaat Stilllegen" angekündigt.

Wenn große Barrikaden auf Waldwegen (gut sichtbar!) mit Metallketten verstärkt werden, können wir darin keinen „gefährlichen Hinterhalt", sondern lediglich eine temporär unüberwindbare Blockade erkennen. Wenn auf den Bundesstraßen dutzende Reifen zu einer brennenden Barrikade aufgeschichtet werden, dann ist diese (für sehr lange Zeit) weithin gut sichtbar und damit verkehrstechnisch besser abgesichert, als so mancher Sandhaufen, der einfach abgekippt wurde und ohne Beleuchtung die Straße versperrte.

Das von der Polizei beschriebene „Werfen von mit Nägeln gespickten Golfbällen" klingt tatsächlich nach einer erschreckend mittelalterlichen Auseinandersetzung mit Hellebarde und Morgenstern. Real gefunden wurden diese Gebilde bei mehreren Barrikaden. Offenbar also ein „Krähenfuß"-Ersatz für Leute, die sich das Schweißen ersparen wollen, aber wohl kaum ein (unhandliches) Wurfgeschoss.

Wie jedes Jahr drängt sich also für alle Beteiligten die Frage auf, welche Aktionsformen verantwortbar, zielgenau und angemessen sind. In einem Schreiben zum „Kurz.Schluss" von Signalkabeln der Deutschen Bahn durch Kabelbrand am Berliner Ostkreuz im Mai 2011 erläuterten die Aktivist_innen ihren Eingriff und umschrieben ihr Vorgehen als „so gewaltfrei wie möglich". Eine treffende Maxime auch für den Widerstand im Wendland, wie wir meinen. Eine festschreibende und trennende Zweiteilung der aktuellen Widerstandswelt in „zivil ungehorsam" oder „militant" (entlang der Gewaltfrage) erscheint uns unzureichend und wenig hilfreich, wenn wir die Perspektive der Weiterentwicklung von emanzipativem Widerstand einnehmen. Wir begreifen uns auf unserer experimentellen Suche nach neuen Widerstandsformen weiterhin als EIN Widerstand mit verschiedenen „Vorlieben" oder „Neigungen", so wie es ein Genosse von „Widersetzen" auf dem Eröffnungsplenum am Donnerstag Abend in Metzingen ausdrückte. Wir freuen uns daher über die beispielhaft praktisch-solidarische Bezugnahme der Sitzblockierer_innen und der militanten Saboteur_innen von Harlingen. Besser können verschiedene Aktionen kaum ineinander greifen. Auf ein neues!

Einige Militante –
so gewaltfrei wie möglich



Unser klares Nein zur Photoshop-Blockade

Zerrbilder des Widerstands zwischen Vereinnahmung und Distanzierung



Warum bei der Wahrheit bleiben?
Mit unserer Mahnung zu mehr Redlichkeit bei der eigenen Berichterstattung beklagen wir nicht das chronische Hochrechnen von TeilnehmerInnenzahlen unserer Aktionen gegenüber der Presse, sondern die Suggestion gänzlich unwahrer Begebenheiten. Natürlich ist es hilfreich, wenn wir uns selbst ernst nehmen dürfen, aber die Aufrichtigkeit ist uns kein (moralischer) Selbstzweck. Wozu soll die eigene Berichterstattung eigentlich dienen? Unserer Meinung dient die Dokumentation unserer Aktivitäten der Motivation und dem Weitertragen von Widerstandserfahrungen - wenn möglich ohne lästiges Label. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung und Verbreiterung von Widerstand, vielfach sogar erst das anfängliche Generieren von Bewegungskeimen.

Dabei ist ein rein voluntaristischer Ansatz, bei dem erst der Aktionsbericht dem eigenen Wunsch nach Widerständigkeit auf die Sprünge hilft, eher hinderlich: Die Glaubwürdigkeit und damit auch die Ausstrahlungskraft von Widerstand leiden beträchtlich, wenn Lügengeschichten eine ersehnte Dynamik, vermeintliche Entschlossenheit oder eine zweifelhafte Erfolgsstory vermitteln sollen. Wenn Konzepte nicht oder nur sehr eingeschränkt gelingen, so müssen wir die Offenheit besitzen, diese selbstkritisch zu reflektieren, statt ihnen stur einen Münchhausen-Erfolg einzuhauchen. Misserfolge gehören zum Experimentieren dazu und das Wissen darum kann als weitergetragene Erfahrung hilfreich bei der Entwicklung neuer Ideen und Methoden sein. Mensch wird also letztlich nur mit wahren Erzählungen eine Weiterentwicklung von Widerstand ermöglichen.

In der Pressearbeit von „Castor-Schottern" wurde bereits 2010 gelogen, dass sich die Balken bogen. Die Erkenntnis „maßloser Übertreibung" und „fahrlässiger Falschdarstellung" entstammt nicht unserer (vielleicht zu) kritischen Betrachtung, sondern kommt von maßgeblich Mitgestaltenden der Kampagne selbst. Diese Erkenntnis ist viel wert, mensch muss sie allerdings ernst nehmen und die Vorjahreserfahrungen nicht konsequenzfrei 2011 zum zweiten Mal vertiefen. Dieses Jahr berichteten Radio freies Wendland und der taz-Castor-Ticker am Samstag-Abend (26.11.2011) folgendes:
„20.00 Uhr: "Schotterer" sind zufrieden Dannenberg. Die "Castor-Schotterer" sind mit dem heutigen Aktionstag zufrieden. Den insgesamt mehr als 1.000 Aktivisten sei es gelungen, die Schienen an zwei Stellen massiv zu "schottern", also Schottersteine aus dem Gleisbett zu entfernen, so Sprecher Mischa Aschmoneit am Abend vor Journalisten. Zudem seien die Gleise an zwei Stellen „erheblich verbogen" worden. Die Reparaturen könnten längere Zeit in Anspruch nehmen.

Am Morgen hatten sich "Schotterer" in mehreren Gruppen von zwei Camps aus auf den Weg zur Bahnstrecke gemacht. Die kleinere Gruppe, die vom Camp Dahlem aufbrach, erreichte die Schienen zum Teil nicht. Die Polizei nahm Dutzende Aktivisten in Kesseln in Gewahrsam. Vom Camp Metzingen starteten etwa 800 "Schotterer". "Schon das war eine Leistung, aus dem von der Polizei belagerten Ort ohne größere Scharmützel hinauszukommen", so Aschmoneit. Im Bereich des Bahnhofs Göhrde sei die Gruppe an die Schienen gelangt. Obwohl man versucht habe, den Beamten auszuweichen, sei es zu Auseinandersetzungen gekommen.

Eine Sanitäterin, die mit den "Schotterern" unterwegs war, berichtet, dass am Samstag rund 50 Demonstranten verletzt wurden, die meisten durch Pfefferspray. Im Vergleich zu 2010 ist das wenig. "Castor Schottern"-Sprecherin Hanna Spiegel führt das auf eine bessere Selbstschutz-Kleidung und dem gezielten Ausweichen vor Eskalationen zurück.
Aschmoneit schließt nicht aus, dass es an diesem Wochenende noch weitere Aktionen der Gruppe geben könnte."
https://www.taz.de/Castor-Ticker-vom-26112011/!82623/

In dieser Meldung, in der es ausschließlich um die Aktion „Castor Schottern" geht, wird also von verbogenen Schienen berichtet. Alle, mit denen wir uns austauschen konnten (Kampagnen-Beteiligte und Mitglieder der Presse-AG) weisen dies auf (interne) Nachfrage als Falschmeldung zurück. Es ist löblich, dass sich eine MitstreiterIn der Castor-Schottern-Presse-AG (intern) um Klarstellung bemüht. Leider verbleibt dies in einem linksradikalen Castor-Mail-Verteiler, statt diese Falschmeldung, wie eingefordert, öffentlich zu korrigieren.

Natürlich hat der zitierte Pressesprecher Mischa Aschmoneit niemals gesagt "Wir haben Bahngleise verbogen". Die Presse ist halt auf der abendlichen Pressekonferenz über das Verbiegen der Schienen in einem Satz in Kenntnis gesetzt worden, der eingerahmt von „Castor? Schottern!"-Schilderungen nahe legt, dass das Verbiegen im Kampagnen-Kontext geschehen sei. Grundsätzlich dürften wir uns ja freuen über die (von uns so gern gesehene) Vermischung von unterschiedlichen Aktionsformen in einem Gesamtbild, welches da lautet: ob zivil ungehorsam oder militant - beides legitim

und Hand in Hand. Aber warum muss dann der taz-Castor-Ticker knapp drei Stunden später nochmals auseinander halten, dass Schottern in der gleichnamigen Kampagne und Schottern als autonome Aktionsform bitte voneinander zu trennen seien und zwar über das Kriterium: Wohin gelangt der Schotter – neben das Gleisbett abgelegt oder in Richtung Polizei geworfen?

„Sa 22.50 Uhr:
Von Schottern und Autonomen
Eine Klarstellung: Die Kampagne "Castor? Schottern!", sprachlich von autonomen Aktivisten zu trennen, die ebenfalls das Gleisbett von entschottern, ist nicht einfach. Letztere waren überwiegend im Waldstück westlich von Hitzacker unterwegs; dort griffen klassisch Schwarzvermummte an mehreren Stellen die Polizei mit Steinen und Knallkörpern an, um sich so einen Weg zur Transportstrecke zu bahnen. Die Aktivisten der Kampagne "Castor! Schottern?", hingegen leisten höchstens passiv Widerstand und schützen sich gegebenenfalls gegen Polizeigewalt. Steine werden hier lediglich aus dem Gleisbett entfernt und nicht durch die die Luft geworfen."
https://www.taz.de/Castor-Ticker-vom-26112011/!82623/

Ist diese spalterische Grenzziehung auch wieder nur ein eigeninitiativer Vorstoß der taz-ticker Redaktion? Oder gibt es da vielleicht doch ein Eigenleben in einem Teil der „Castor Schottern"-Pressegruppe?
Liebe Leute, wenn es nicht genügend schlechte Erfahrungen mit eben diesem Pressesprecher gäbe, würden wir (dem Widerstand zuliebe) gerne glauben, dass es sich wieder einmal nur um ein Missverständnis handelt. Leider hat betreffende Person genau dieses Vorgehen, das wir hier abermals unterstellen müssen, nämlich „Meldung raushauen und hinterher im kleinen korrigieren, revidieren oder leugnen", in anderem Kontext (intern) mehrfach als Mittel der Wahl propagiert. Und das Eis ist ja nicht einmal besonders dünn, denn niemand kann die listige Absicht letztendlich nachweisen. So muss auch unsere Mahnung auf der Ebene von Unterstellungen verbleiben. Das unrühmliche Geschäft mit dem freihändigen Zurechtbiegen von Widerstandsbildern ist jedoch noch vielfältiger:

Sich selbst ernst nehmen MÜSSEN!
Es war leider ebenfalls besagter Kampagnensprecher, der bereits mit der Pressearbeit zu einer Vorfeldaktion der lobenswerten! Block-Brokdorf Kampagne brillierte. Am Sonntag, dem 5. Juni „blockierten"(!) gemäß Titel des eigenen Berichts (siehe u.a. de.indymedia.org/309210.shtml) ca. 30 AktivistInnen der Kampagne das Vattenfall-Kundenzentrum in der Hamburger Innenstadt. Die zur Dokumentation angefügten Fotos vor dem Eingang zum Gruppenfoto versammelten SitzblockiererInnen sind untertitelt mit „Atomausstieg ist Handarbeit" und „Das Kundenzentrum ist dicht".

Liebe Gruppenfoto-SelbstdarstellerInnen, nehmt den erstgenannten Untertitel bitte ebenfalls ernst. Ihr und der Rest der LeserInnenschaft wissen, dass das Kundenzentrum an jenem Sonntag, wie an jedem Sonntag schon vor Eurer „Blockade" dicht war. Mit Verlaub - diese Form der Aktion und der Berichterstattung ist unredlich und nur wenige Zentimeter von einer „Photoshop-Blockade" entfernt. Ihr solltet Euch, uns und die geneigte Öffentlichkeit nicht für vollständig vertrottelt erklären.

Es liegt uns wirklich fern, Aktionen durch den Kakao zu ziehen. Wir wollen uns schon gar nicht lustig machen. Im Gegenteil, als Teil der Anti-Atom-Bewegung finden wir solche Auswüchse alles andere als lustig, nämlich beschämend! Als bewegungsorientierte Autonome konnten wir den Versuchen von Castor-Schottern und auch von Block-Brokdorf einiges abgewinnen.



Wir sollten jedoch zur Kenntnis nehmen, dass sich viele Schottern-AktivistInnen (wie auch wir), die sich mit ihren eigenen, realen Erfahrungen in Gleisnähe überhaupt nicht wiederfanden in den Pressemitteilungen von Castor Schottern 2010, kein zweites mal an dieser (ehemals gut gedachten) Kampagne beteiligt haben. Mit Blick auf die „erneut unglückliche" Pressearbeit 2011 lautet unser dringender Appell an die Kampagne:

Ihr müsst Euch ändern!

undogmatische autonome

... und es hat boom gemacht

Ein Jahr nach den Explosionen von Fukushima

Zum Jahrestag der Havarie am 11.3. werden in den mainstream Medien viele Aspekte des GAUs beleuchtet werden, und es ist absehbar, dass sich die meisten Kommentare vor allem auf die technischen Details des GAUs fokussieren werden. Daneben wird es in den Leitmedien wahrscheinlich einzelne Features über Betroffenen geben und Berichte über die Umsetzung des „Atomausstiges in Deutschland". Wir sehen die Aufgabe der Texte in dieser Zeitung darin nicht nur an Jahrestagen, sondern kontinuierlich auf Aspekte des GAUs zu verweisen die in der allgemeinen Debatte sonst nicht auftauchen oder marginalisiert sind.

Die Kosten trägt die Bevölkerung

Es war nur eine kleine Randmeldung auf Spiegel online am 13.2.12: Die Betreiberfirma des havarierten AKW-Komplexes von Fukushima erhält weitere 6,7 Milliarden Euro für Entschädigungszahlungen an die Betroffenen des GAUs . Damit steigen die vom Japanischen Staat direkt übernommenen Kosten auf über 12 Milliarden Euro, und es ist nicht abzusehen das diese „Finanzspritze" die Letzte bleiben wird. Ganz im Gegenteil, das Gros der Kosten wird vermutlich erst in den kommenden Jahrzehnten auflaufen.

Neben der Verseuchung ganzer Landstriche, der Küste und des japanischen Meeres, muss die japanische Gesellschaft nun auch noch die Entschädigung der Betroffenen selbst übernehmen. Dieser Mechanismus, die Privatisierung der Profite, bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten und Folgen diese „marktwirtschaftlichen" Wirtschaftens ist im Kapitalismus allgegenwärtig und wird im Alltag meist nicht zur Kenntnis genommen. Nur selten, wie beispielsweise beim Betrieb von Atomanlagen, fällt dieser Mechanismus ins Auge, der aktuell ansonsten am Besten bei der Umschichtung von Milliarden aus staatlichen Haushalten zu Banken („Griechenlandkrise") zu beobachten ist.



Auch der erste Neubau von AKWs in den USA , der im Februar 2012 genehmigt wurde, ist nur möglich weil sich mit der Regierung Obama die erste us-amerikanische Regierung seit der Kernschmelze von Harisburg dazu hinreißen lässt staatliche Kredite für den Kraftwerksneubau zu bewilligen. Ohne staatliche Subvention, also die Vergesellschaftung der Kosten, von Bau, Betrieb und Entsorgung der Atomanlagen war in den USA mehr als dreißig Jahre lang kein AKW-Neubau finanzierbar, und ist es auch in anderen Ländern nicht.





Widerstand

19.01.2012

Die Bewohner der ägyptischen Region Dabaa, die seit mehreren Wochen die Baustelle für das landesweit erste Atomkraftwerk besetzt halten, wollen an dieser Stelle Häuser für Arme bauen lassen. An der Stelle der zukünftigen Atomanlage sind bereits 350 Beduinenzelte aufgestellt und rund 50 zeitweilige Wohnhäuser errichtet worden. Die Ortsansässigen planen, noch weitere 21 Hektar Land zu ebnen, damit alle Wohnungsbedürftigen Häuser für sich bauen können. Inzwischen sind die Protestierenden in die Baustelle eingedrungen und haben alle vorhandenen technischen Anlagen, darunter eine Wasserentsalzungsstation, zerstört beziehungsweise geplündert. Sie rechtfertigen ihre Handlungen mit den Plänen der Regierung, ihnen das einzige Existenzmittel - ihre Grundstücke - zu nehmen. Polizei und Militärs haben schon mehrmals erfolglos versucht, am AKW-Bauobjekt Ordnung zu schaffen.
Quelle: http://de.ria.ru/politics/20120119/26249...

15.02.2012

Die Einwohner der polnischen Gemeinde Mielno an der Ostsee sagen klar nein zum Bau eines AKWs auf ihrem Gemeindegebiet. Die 4171 Einwohner von Mielno stellten sich einem entsprechenden Referendum: 2246 Menschen (57 Prozent aller Wahlberechtigten) nahmen daran teil. Nein sagten 94 Prozent aller Beteiligten.
Quelle: http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/po...

16.02.2012

Die indischen Behörden wollen den atomaren Anteil in der Energieproduktion des Landes signifikant erhöhen. Diese Absicht könnte sich sehr verkomplizieren, weil die lokale Bevölkerung gegen einige der geplanten Bauprojekte massivsten Widerstand leistet. Ein erstes Ergebnis davon ist die Einstellung der Arbeiten an den Standorten in Kudankulam (2 russische Reaktoren geplant) und in Jaitapur in einer seismischen Zone (6 EPR-Reaktoren geplant). Durch das kontinuierliche Multiplizieren ihrer Aktionen haben die indischen Atomgegner es geschafft, das Regierungsprogramm zum Ausbau der Atomkraft praktisch zu stoppen.
Quelle: http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id...

22. Februar 2012

Aus Protest gegen die Atomtransporte über Bremerhaven gab es heute eine kurze Blockadeaktion auf der Hauptzufahrtsstraße zum Hafen. Am frühen Nachmittag stoppten 20 AktivistInnen den Verkehr auf der Cherbourger Straße in beiden Fahrtrichtungen und installierten ein großes Transparent: "Atomtransporte unmöglich machen!" Schnell staute sich der Verkehr (überwiegend LKWs) mehrere hundert Meter. Mit Flugblättern wurden die Blockierten auf den Hintergrund der Aktion hingewiesen.

05.03.2012, 20°° centro sociale

Fukushima und die Folgen. Berichte von Kerstin Rudek, Vorsitzende der BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg, über die Situation der japanischen Anti-AKW-Bewegung und der Lage der Betroffenen in der Region Fukushima.
Veranstalterin: Anti-Atom-Büro

11.03.2012

Aktionen zum ersten Jahrestag des Gau´s von Fukushima
in der BRD funden Aktionen an sechs Orten statt: Braunschweiger Land - Brokdorf - Gronau - Gundremmingen - Hannover - Neckarwestheim -
Ablauf der Aktion in Brokdorf am 11. März
Start: um 12.00 Uhr an drei Sammelorten rund um das AKW Brokdorf, von diesen Orten aus startet die Umzingelung des AKW.
http://anti-atom-demo.de//

Normalbetrieb

31.01.2012

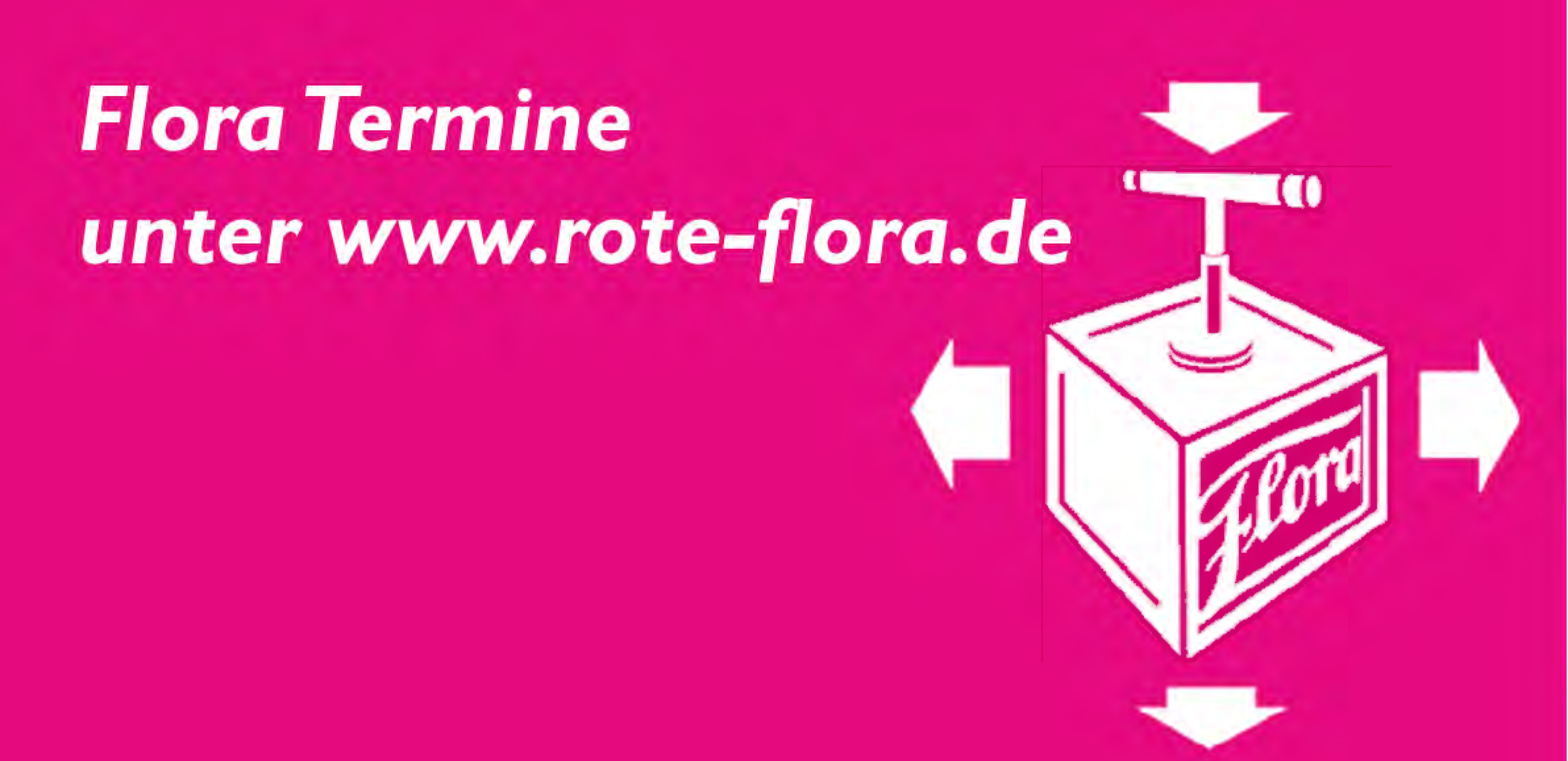
Geringe Menge des radioaktiven Stoffes Tritium sind aus einem Atomkraftwerk im US-Bundesstaat Illinois entwichen. Der Reaktor wurde nach dem Zwischenfall heruntergefahren.
Nach Angaben der Betreiber der Anlage im westlich von Chicago gelegenen Byron wurde Tritium-haltiger Dampf abgelassen, um den Druck zu senken und für Kühlung zu sorgen. Die US-Behörden bezeichneten den Vorfall als „ungewöhnliches Ereignis".
Quelle: http://www.handelsblatt.com/politik/inte...

22.02.2012

Der Fukushima-Betreiber Tepco will eine weitere radioaktive Kontaminierung des Ozeans vor dem havarierten Atomkraftwerk verhindern. Vor dem verunglückten japanischen Atomkraftwerk Fukushima soll der Meeresboden mit einer 60 Zentimeter dicken Betonschicht abgedichtet werden. Wie der Kraftwerks-Betreiber Tepco mitteilte, soll die Betondecke mehr als 73.000 Quadratmeter groß sein - so groß wie zehn Fußballfelder.

Damit solle eine weitere Kontaminierung des Ozeans verhindert werden, sagte eine Sprecherin. Bei Messungen in der Bucht seien "relativ hohe Konzentrationen radioaktiver Stoffe im Meeresboden" festgestellt worden.
Originalquelle: http://www.sueddeutsche.de/wissen/havari...

Flora Termine
unter www.rote-flora.de



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr